Breslauer Zeitung.

Vierteljähriger Abonnementspr. in Breslau 5 Mark, Wochen-Abonnem. 50 Pf., außerhalb pro Quartal incl. Porto 6 Mark 50 Pf. — Insertionsgebühr für den Raum einer sechstheiligen Petit-Zeile 20 Pf., Reclame 50 Pf.

Expedition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag und Montag einmal, an den übrigen Tagen zweimal erscheint.

Nr. 63. Mittag-Ausgabe. Achtundfünfzigster Jahrgang. — Verlag von Eduard Trewendt. Mittwoch, den 7. Februar 1877.

Verordnung,

betreffend die Einberufung des Reichstages.

Wir **Wilhelm**, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von von Preußen ꝛc. ꝛc. ꝛc.

verordnen auf Grund des Artikels 12 der Verfassung im Namen des Reichs, was folgt:

Der Reichstag wird berufen, am 22. Februar dieses Jahres in Berlin zusammenzutreten, und beauftragen Wir den Reichskanzler mit den zu diesem Zwecke nöthigen Vorbereitungen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift and beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 5. Februar 1877.

(L. S.) **Wilhelm.**

von Bismarck.

Deutschland.

0. C. Landtags-Verhandlungen.

13. Sitzung des Abgeordnetenhauses (vom 6. Februar).

11 Uhr. Die Tribünen sind dicht besetzt. Am Ministertische Graf zu Eulenburg, v. Kameke, Falk, Geh. Räthe Schöne, Herrmann, Grandke, Hitzig und Oberstlieutenant Rautenberg.

Zu Mitgliedern der statistischen Central-Commission werden nach dem Vorschlage des Abg. Windthorst (Meppen) durch Acclamation die Abgeordneten Miquel, Gneist und Virchow, zu Mitgliedern der Staatsschulden-commission die Abgeordneten Klotz (Berlin) und Stengel gewählt. Das Haus geht hierauf zur zweiten Berathung des Gesetzentwurfs, betr. die anderweite Einrichtung des Zeughauses in Berlin über.

§ 1 lautet nach den Beschlüssen der Commission: Aus den Geldmitteln, welche auf Grund der Bestimmungen in den Artikeln VI. und VII. des Reichsgesetzes vom 8. Juli 1872 und des Art. 3 des Reichsgesetzes vom 2. Juli 1873, betr. die französische Kriegskostenentschädigung, der preußischen Staatskasse zufließen, wird die Summe von 4,330,000 Mk. zur Erwerbung des freien Dispositionsrechts über das Zeughaus zu Berlin und zu einer anderweiten Einrichtung desselben bestimmt.

Diese Einrichtung bezweckt die Aufnahme einer, die rühmliche Geschichte des preußischen Heeres und somit des ganzen preußischen Volkes darstellenden Sammlung.

Abg. Berger (Witten) beantragt, im Alinea 1 die Worte: „wird die Summe" bis zum Schlusse zu streichen und durch folgende Fassung zu ersetzen: „ist die Summe von 2,900,000 Mk. zur Erwerbung des freien Dispositionsrechts über das Zeughaus zu Berlin, sowie für Reparaturen, Pflasterung, Herstellung einer Freitreppe, Dampfheizung, Wölbung des ersten Stockwerks, Anlage von Brandmauern, Beschaffung von Marmorbildwerken brandenburg-preußischer Monarchen und der erforderlichen Einrichtungen für Aufbewahrung von Kriegstrophäen und Waffensammlungen in dem gedachten Gebäude zu verwenden."

Referent Wehrenpfennig: Ich bin leider durch Heiserkeit verhindert, durch Theilnahme an der Debatte dieselbe harmonischer zu machen. Ich hebe nur hervor, daß der Antrag Berger durchaus kein Novum enthält, sondern bereits in der Commission gestellt und dort mit 12 gegen 5 Stimmen abgelehnt worden ist.

Abg. Brüel: Ich richte die Frage an die Staatsregierung, ob in der Sammlung preußischer Trophäen keine hannöverschen Waffen aufgenommen werden sollen, welche nach der Schlacht bei Langensalza erbeutet worden sind. Die Motive ergeben über diese Frage nichts. Auf mein Votum wird ihre Beantwortung keinen Einfluß üben, aber vielleicht doch für die anderen Herren aus Hannover maßgebend sein, und im bejahenden Falle sie doch noch bedenklich machen, für die Vorlage zu stimmen. Es wird doch Niemand dieser Herren Gelder aus der französischen Kriegs-Contribution, welche auch mit Hilfe hannöverschen Blutes theuer erkauft worden ist, hergeben, um fortwährend die Erinnerung an einen Bruderkrieg wach zu halten, dessen bittere Folgen noch heute in Hannover ebenso schmerzlich empfunden werden wie im Jahre 1866 (Widerspruch). Herr Wehrenpfennig erklärt diesen Krieg allerdings für einen gerechten, aber die höchste juristische Autorität in Preußen, die als Minister von Hannover nach Preußen berufen wurde, hat denselben einen ungerechten genannt. Zuerst hat man uns den blutigen Kampf aufgedrängt und als wir ihn nicht vermeiden konnten, ohne unsere Pflicht und Ehre aufs Spiel zu setzen, da hat man uns unser Herrscherhaus genommen, das durch tausendjährige Bande mit unserem Lande verknüpft ist, und unsere Selbstständigkeit vernichtet als ein Opfer lediglich für den preußischen Egoismus. Da wagt man uns zu sagen, wie es im Commissionsbericht geschieht: Nehmt es so übel nicht, es ist in der Hauptsache nicht gegen euch gerichtet. Ich kann das nicht als Wohlwollen, sondern als Hohn bezeichnen. Wir bedürfen daher einer klaren Zusicherung, daß hannöversche Waffen nicht aufgestellt werden sollen; und wenn der Großstaat Preußen es nicht über sich gewinnen könnte, ein derartiges kleines Opfer seiner partikularistischen Ruhmsucht zu bringen, so wäre damit bewiesen, wie viel ihm noch zu einer großen und ruhmreichen Führerschaft in Deutschland fehlt. (Beifall und Zischen.)

Kriegsminister Kameke: Ich kann mich nicht darauf einlassen, alle die politischen Momente zu verfolgen, die der Vorredner eben hervorgehoben, um darzuthun, daß der Vorschlag, diese Umwandelung des Zeughauses herzustellen, ein Act particularistisch-preußischer Ruhmesäußerung wäre. Er hat mich aber auf eine ganz positive Aeußerung darüber provocirt, ob etwaige Trophäen aus dem Jahre 1866 mit aufgestellt werden sollen und darauf will ich ihm eine ganz positive Antwort geben. Sie wissen, meine Herren, die Absicht ist, aus dem Zeughause eine historische Sammlung zu machen und Alles dasjenige, was dazu gehört, um die Historie, das Geschichtliche der preußischen Armee zu vervollständigen, wird darin seine Aufstellung finden. Also, sollten Trophäen der ehemaligen hannoverschen Armee sich vorfinden, von denen ich übrigens in diesem Augenblicke nichts weiß, so werden sie aufgestellt werden und ich glaube, daß wir damit Niemanden von denjenigen verletzen werden, die sich jetzt treu zum Reiche bekennen. Wir haben, Gott sei Dank, nach dem Kriege von 1866 einen größeren Krieg gehabt, in welchem die hannoverschen Leute an unserer Seite gefochten und wir die Empfindung gehabt haben, daß dasjenige, was in einem kurzen Kriege gegen einander gestanden, nun mit vollem Herzen mit- und nebeneinander stehen konnte und den gleichen Ruhm und die gleichen Trophäen errungen hat. (Beifall.) Ich glaube, daß die Soldaten der hannoverschen Armee, von denen ich gerade persönlich im letzten Kriege eine große Unterstützung gehabt habe, nicht nach denjenigen kleinen Trophäen, die aus der hannoverschen Armee vielleicht da stehen sollten, sondern nach alle dem Großen hinschauen werden, was sie in jüngster Zeit gemeinsam mit uns, mit ihrer Hilfe und mit ihrem Blute mit erobert haben. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Götting: Der Abg. Brüel hat den Krieg, der den jetzigen Zustand in Deutschland, namentlich die Zusammengehörigkeit Hannovers mit Preußen herbeigeführt hat, einen ungerechten genannt und es werde das in Hannover noch heute mit demselben Schmerz empfunden, wie damals. Er sowohl, wie der Abg. für Meppen bei der ersten Berathung haben darüber so gesprochen, als verträten sie das ganze hannöversche Volk, die ganze Provinz Hannover. Für solche allgemeine Versicherungen giebt es gar keinen ungünstigeren Platz als hier in diesem Hause. Zahlen sind zwar biegsam, aber man darf sie nicht anrufen, wenn sie geradezu das Gegentheil beweisen. Die hannöverschen Abgeordneten, die mit den Abgg. Brüel und Windthorst um das frühere Königreich Hannover noch trauern, bilden ⅙ der Vertreter der Provinz in diesem Hause, während ⅚ die gegebenen Thatsachen, die zu ihrer Zeit auch von ihnen recht schmerzlich empfunden wurden, jetzt mit vollem Herzen begrüßen und an dem deutschen Reiche festhalten. (Beifall.) Die Anschauung der Minderheit entbehrt auch des historischen Hintergrundes. Herr Brüel spricht zwar von der tausendjährigen Geschichte des Landes und es sei schrecklich, wenn so etwas verschwände. Aber wer hat denn diese tausendjährige Geschichte? Der Theil des Landes, den ich vertrete, wahrhaftig nicht. Ich bin aber nicht so partikularistisch gesinnt, daß ich in Hannover wieder Unterabtheilungen machen wollte. Hannover ist 1815 zusammengeschweißt aus Bestandtheilen, die niemals zusammengehört und die verschiedenartigste historische Entwickelung gehabt hatten, die sich denken läßt. Zwei geistliche Staaten, Osnabrück und Hildesheim wurden zusammengelegt. Hannover ist damals gemacht, als das Königreich Preußen den Lohn für seine Anstrengungen fordern durfte und schon damals berechtigt war, Hannover als diesen Lohn zu fordern, den der elende Neid der Großmächte ihm damals verweigerte. Kaiser Franz sprach bekanntlich das Wort, wenn auch in anderem Sinne damals aus: „wenn Preußen noch ferner auf seinen Lohn für seine Opfer in den Befreiungskriegen besteht, dann schieße ich wieder".

Mit diesen letzten Worten des Kaiser Franz wurde die Sache abgeschnitten, um nicht nach dem eben beendeten Kriege mit Frankreich einen Bruderkrieg zu entzünden. Von einer Angehörigkeit sämmtlicher hannöverscher Stämme und Eingesessenen an ein angestammtes Königshaus kann also gar keine Rede sein. Aber auch wenn das richtig wäre — namentlich für die althannöverschen Provinzen, — giebt es eine ungeschichtlichere Auffassung der Entwickelung der Dinge auf dieser Erde, als wenn man sagt, etwas, was einmal dagewesen ist, irgend ein Staat habe die Berechtigung auf ewigen Bestand. Nennen mir doch die Herren einen Staat, so lange es eine Weltgeschichte giebt, der von Anfang an bis jetzt bestanden hat! Ist es nicht gerade ein sichtbares historisches Gesetz, daß einzelne Gemeinwesen und kleine Staaten sich aneinander anschließen, um die großen Reiche zu bilden, die allein eine weltgeschichtliche Aufgabe erfüllen können? Freilich, wenn die beiden Herren Deutschland eine solche Aufgabe nicht zuschreiben, dann bedauere ich sie; denn daß sie unter den Zuständen des heiligen deutschen Bundes nicht zu erfüllen war, werden Sie auch zugeben. Man bedenke doch auch, daß, als die Krisis eintrat und Alles auf der Schärfe des Schwertes stand, Preußen von Hannover nur forderte: bleibe neutral, gehe mit uns ein Bündniß ein, dann garantiren wir deine fernere Souverainität und erfüllen die Geschicke Deutschlands zusammen in anderer Weise. Meine Herren, erst war es ein verblendetes Ministerium, das alle diese Anforderungen zurückwies, gestützt auf seinen particularistischen Standpunkt und die angebliche Machtstellung Oesterreichs und in der letzten Stunde war es allerdings der unglückliche, verblendete Monarch, der, als noch in der Nacht die Behörden seiner Residenzstadt ihn beschworen, im letzten Augenblick nachzugeben, weil das Schicksal der Dynastie und Hannovers auf dem Spiel stände, auch diese Bitten ablehnte. Da erfüllten sich denn Deutschlands Geschicke in anderer Weise. Herr Brüel bedauert nun ganz besonders, daß der Staat definitiv vernichtet sei. Ja, meine Herren, das ist eben die particularistische Vernichtung, die wir Uebrigen nicht bedauern.

Daß der Hannoveraner nicht vernichtet ist, vielmehr noch gegenwärtig seinen vollen politischen Einfluß fühlt und ausübt, aber nicht mehr von der Tribüne eines kleinen Staates aus, der für die Geschicke Deutschlands ganz und gar irrelevant war, als ob er auf der Landkarte gar nicht existirte, sondern als Theil des großen deutschen Staates, der die Geschicke Deutschlands lenkt und den Beruf und die Fähigkeit hat, im Gegensatz zu dem Herrn Vorredner in gute Wege zu leiten, — das hat eben dieser Vorredner bewiesen, als er so eben auf der Tribüne stand. Darum sind solche particularistische Schmerzensschreie nicht mehr angebracht. Was die Sache selbst betrifft, so kann ich dem Gesetzentwurf nur freudig zustimmen. Dem Rufe, den wir so oft erhoben, den das Volk und liberale Volk im Jahre 1866 und später erhob, „Preußen soll in Deutschland aufgehen", ist hier in gewisser Weise und soweit es überhaupt möglich ist, vollständig Rechnung getragen. In den Motiven heißt es ganz deutlich: „Für die Geschichte der preuß. Armee beginnt jetzt ein neuer Abschnitt, die gemeinsame Geschichte des deutschen Heeres . . . Mit berechtigtem Stolze kann die preußische Armee und mit ihr das preußische Volk, aus dem sie hervorgegangen, zurückblicken auf ihre Vergangenheit, deren Geschichte im gewissen Sinne nun einen Abschluß gefunden hat." Aufrichtiger und klarer kann man nicht sagen, daß Preußen als specieller Staat aufhören wird, eine speciell preußische Politik zu befolgen und dafür sein Volk und Heer und seine Waffen zu benutzen, sondern daß es an der Spitze von Deutschland jetzt deutsche Politik machen wird, und das Zeughaus und die gegenwärtige Einrichtung desselben hier nur die preußische Particulargeschichte abschließen soll, und zwar denjenigen Bestandtheil der Geschichte, den das preußische Heer mit seinen Siegen speciell bezeichnet. In diesem Sinne werden die Herren von dieser Seite des Hauses (links) und meine Landsleute aus Hannover dem Gesetzentwurf die freudigste Zustimmuug geben (Beifall).

Abg. Windthorst (Meppen): Der Herr Kriegsminister hat uns mit der diesem Ehrenmanne eigenen Offenheit und soldatischen Klarheit erklärt, daß allerdings auch die Trophäen aus dem Kriege gegen Hannover in dieser Ruhmeshalle aufgestellt werden sollen. Er läßt uns also über das Factum, um das es sich hier eigentlich handelt, nicht in Zweifel: Wir sollen durch unser Votum und unser Geld dazu beitragen, daß ein Sieg über uns verherrlicht wird. Ein solches Ansinnen habe ich in der That bisher für unmöglich gehalten. Ich denke, wenn die Hannoveraner im Jahre 1870 so tapfer und freudig durch ihr Blut auf den Schlachtfeldern zu dem Erfolge der deutschen Sache beigetragen haben, so hätten sie alle Ansprüche auf die zarteste Rücksichtnahme, ich frage aber den Kriegsminister, ob es wirklich eine solche Rücksicht auf ein Soldatenherz ist, wenn man neben den gemeinsamen Siegesschmuck denjenigen Schmuck stellt, der an die eigene schmerzliche Niederlage erinnert. Die eben gehörte Rede des Abg. Götting hat mich vollends überrascht; ich habe von ihm Vieles erwartet, aber das, was ich gehört habe, doch nimmermehr. Ich habe noch niemals in der Geschichte gelesen oder gehört, daß der Sohn eines Vaterlandes (Rufe: Deutschland ist sein Vaterland!) seine Befriedigung darüber ausspricht, daß sein Heimathland die Selbstständigkeit verloren hat. Ich nehme einstweilen noch an, daß der Abg. Götting kein Mandat gehabt hat, seine Erklärung auch im Namen seiner Landsleute aus seiner Fraction abzugeben. (Rufe links: jawohl!) Die Hannoveraner sind ohne Ausnahme so gute Deutsche wie Sie selbst, das hat Ihnen der Kriegsminister soeben bezeugt: denn Redensarten machen den Patriotismus nicht, sondern Thaten; aber sie haben auch ebenso gut ein Recht, in den Gefühlen zu beharren, die sie für die Selbstständigkeit ihres engeren Heimathlandes kundgeben.

Was der Vorredner aus der Geschichte Hannovers und des Krieges vom Jahre 1866 vorgebracht hat, ist aber thatsächlich nicht einmal wahr. Wenn Hannover damals den Krieg gewollt hätte, so würde es nicht der Armee des Generals Manteuffel den Durchgang gestattet haben, den man hinterher benutzt hat, um das Land zu besetzen. Von einer tausendjährigen Verbindung Hannovers mit seiner Dynastie zu sprechen, ist genau ebenso berechtigt, als wenn man von einer 500jährigen Verbindung der Hohenzollern mit dem preußischen Staate spricht. Es ist richtig, daß Hildesheim früher nicht zu Hannover gehörte, aber haben denn alle gegenwärtigen preußischen Landestheile ursprünglich zu Preußen gehört? und ist der gegenwärtige preußische Staat nicht in noch ganz anderer Weise nach und nach aus den verschiedensten Stücken zusammengeschweißt worden als das Königreich Hannover? Der Ausdruck 1000jährige Verbindung ist übrigens noch neulich in dem hannöverschen Provinziallandtage von Seiten des königlichen Landesdirectors v. Bennigsen gebraucht worden . . . .

Präsident v. Bennigsen: Darf ich Sie bitten, die Person des Vorsitzenden aus der Discussion herauszulassen. (Sehr wahr! links.)

Abg. Windthorst (Meppen): Ich muß doch hervorheben, daß von einer solchen Beschränkung in der Geschäftsordnung nichts steht.

Präsident v. Bennigsen: Es ist vollkommen richtig, daß dies nicht in der Geschäftsordnung steht wie manches Andere, was aber regelmäßig im Hause beobachtet wird, und diese Rücksicht hat bis dahin meines Wissens jeder Redner beobachtet. Ich möchte Sie bitten, und appellire an Ihre Empfindung, daß namentlich in der Angelegenheit, die jetzt erörtert wird, es für den Vorsitzenden erwünschter ist, als für jeden andern, daß seine Person nicht in die Discussion hineingezogen wird. (Sehr richtig! links.)

Abg. Windthorst (Meppen): Ich will also von dieser Autorität für den Ausdruck „tausendjährig" abstrahiren. Wir haben wohl gelesen, daß die Römer ihre Gefangenen im Triumphzuge umhergeführt und daß diese die Siegestrophäen ihrer Ueberwinder selbst tragen mußten; wir wissen aber auch, daß namentlich die Niedersachsen zu solchen Triumphzügen sich nicht sehr freiwillig gestellt haben. Es ist dem Abg. Götting vorbehalten geblieben, sich freiwillig als einen solchen Träger der Trophäen des Sieges hinzustellen. (Große Heiterkeit links.) Ich bin heute noch weniger wie das vorige Mal im Stande, diese Vorlage zu bewilligen. Es ist inzwischen ein Ereigniß eingetreten, welches jedem Hannoveraner ein solches Votum geradezu unmöglich macht. Gestern ist im Herrenhause (Rufe: Aha!) eine Interpellation nicht von einem Hannoveraner, sondern von einem Preußen gestellt worden, die in einer so schroffen Art beantwortet wurde, daß ich vergebens nach parlamentarischen Ausdrücken suche, um diese Antwort richtig zu qualificiren. Man hat angebliche welfische Manifestationen in Hannover bei Gelegenheit der letzten Wahlen zum Vorwand genommen, um den Antrag der Interpellanten, der aus einem „engen Geisteshorizonte" gestellt sei, — ein schönes Compliment für die Herren (Heiterkeit) — kurzer Hand zurückzuweisen. Man hat dabei den gegenwärtigen Zustand als Provisorium erklärt. Als der hannöversche Vertrag geschlossen wurde, von dem ich auch etwas weiß, da war von einem solchen Provisorium ganz und gar nicht die Rede; ebensowenig war von irgend welchen Garantien die Rede, sondern die erste Proposition des Vertrages war die volle Auszahlung des Capitals. Wenn man auf eine auswärtige Macht hinwies, so kann das nur England gewesen sein, und dies hat gerade ausdrücklich erklärt, es sei doch nur billig, daß man in Folge der Capitulation von Langensalza das Vermögen des Königs Georg herauszahle. Die Capitulation von Langensalza verlangte das, und das Zurückhalten des Vermögens ist eine schreiende Verletzung dieser Capitulation. (Rufe: zur Sache!) Es ist ganz falsch, daß die Welfenpartei die Agitation in Hannover schafft, das thut vielmehr die dortige Verwaltung mit ihren Gendarmen und der Polizei. Die Gefühle der Trauer und des Schmerzes der Hannoveraner über ihre verlorene Selbstständigkeit und die Anhänglichkeit an ihre Dynastie werden in Hannover niemals aufhören. (Rufe links: Abwarten!)

Abg. Stengel: Die beiden Vorredner haben die Sache, die uns hier beschäftigt, viel zu sehr auf das politische Gebiet hinüber geleitet. Ob der Krieg vom Jahre 1866 ein gerechter war, darüber wird die Geschichte urtheilen, daß er aber nothwendig war, das können wir schon heute mit Sicherheit aussprechen; denn nur so war die größte That unseres Jahrhunderts möglich, die Begründung eines einigen Deutschlands, und die Gewährung der festen Bürgschaft seines Ansehens und seiner Macht nach außen und seiner Wohlfahrt und Freiheit im Innern. Ich und meine politischen Freunde hätten es lieber gesehen, wenn die Commission es einfach bei der Fassung der Regierungsvorlage belassen hätte, wir werden aber für die Commissionsvorschläge stimmen, um der Vorlage eine imposante Mehrheit zu sichern.

Abg. Bachem: So lange 8 Millionen deutscher Katholiken (Ruf links: Aha! Culturkampf) in ihren religiösen Gefühlen gekränkt und verfolgt werden, darf es Sie nicht wundern, wenn uns die innere Freudigkeit fehlt, auf eine solche Vorlage hin diese Summe zu bewilligen. Wir können das gegenwärtige Regiment nicht als ein väterliches ansehen. Es ist eine Regierung des Kampfes gegen uns, der insbesondere von den Organen des Ministeriums des Cultus und des Innern mit den verwerflichsten Mitteln einer Partei gegen uns geführt wird.

Präsident v. Bennigsen erklärt den Ausdruck: „verwerflichste Mittel" in Bezug auf Maßnahmen der Regierung für nicht parlamentarisch.

Abg. Bachem: Ich habe nicht von der Regierung direct, sondern nur von ihren Organen gesprochen. Insbesondere ist es das officiöse Organ, die „Provinzial-Correspondenz", welches in solcher Weise gegen uns kämpft. Dasselbe verschmäht sogar nicht das in einem paritätischen Staate bedenklichste Mittel der confessionellen Hetze, des Apells an die confessionellen Gegensätze. (Rufe: Zur Sache.) Bei solchen Zuständen dürfen Sie sich nicht wundern, daß das Gefühl der Gemeinsamkeit und Zusammengehörigkeit mit dem Staate in den preußischen Katholiken aufs tiefste erschüttert ist. Wir müßten kein Blut in den Adern und kein Herz im Leibe haben, wenn es anders wäre. (Wiederholte Rufe zur Sache! Der Präsident bittet gleichfalls den Redner, sich an den vorliegenden Gegenstand zu halten.) Machen Sie, m. H., die preußische Devise: suum cuique uns gegenüber wieder zur Wahrheit, lassen Sie uns gegenüber Gerechtigkeit walten, so werden Sie uns bereit finden, die Mittel zu einer preußischen Ruhmeshalle zu bewilligen, eher nicht.

Abg. v. Benda: Es wird uns Jeder das Zeugniß ausstellen müssen, daß wir die Herren mit Ruhe angehört haben, obgleich ihre Reden die Grenzen des Berechtigten überschritten haben; aber wir haben dies ertragen, einestheils weil wir uns frei fühlten von dem Vorwurf, als ob wir ein Triumphgeschrei über die Vergangenheit anstimmten, und dann, weil wir uns in diesem Saale als preußische Abgeordnete fühlen und nur als solche. Das ist die Stellung, welche wir einnehmen, und alle anderen Vorwürfe weise ich zurück. Was den Antrag des Abgeordneten Berger anbetrifft, so hat derselbe der Commission bereits vorgelegen, ist aber dort mit 12 gegen 5 Stimmen abgelehnt worden, weil wir der Ueberzeugung waren, daß das ganze Werk zerstört werden würde, wenn wir eine Aenderung in die Einheit der Conception hineinbringen würden. Genügende Gründe sind auch von dem Abg. Berger nicht vorgebracht worden, und wenn ich auch sein Verständniß für die Kunst und die Technik anerkenne, so muß ich doch das der Regierungs-Commissare höher stellen, und besonders desjenigen, der das Project aufgestellt hat. Auch die financiellen Bedenken kann ich nicht theilen: wenn man Geld für die Unterstützung der Nogatniederung verlangen wird, so wird auch hierfür das nöthige Geld noch vorhanden sein; so schlecht steht unser Etat wirklich nicht da, um diesen Grund als maßgebend anzuerkennen. Ich empfehle Ihnen deshalb die Vorlage dringend zur Annahme.

Abg. Berger: Die Stellung meiner politischen Freunde dieser Vorlage gegenüber ist völlig objectiv. In gewissem Sinne ist uns der Entwurf sogar sympathisch; doch muß ich von vornherein erklären, daß wir demselben nicht die politische Bedeutung beilegen, wie der Abgeordnete Gerlach und die hannöverschen Abgeordneten. Alle persönlichen Gefühle, welche diese Herren haben, sind doch nicht im Stande, die Thatsachen der Geschichte ungeschehen zu machen; sie vergessen dabei auch ihre glorreiche Geschichte vor 1866, wo sie stets an der Seite Preußens gekämpft und durch jene Trophäen an ihre eigenen Siege erinnert werden. Wir sind sehr gern bereit, die Verdienste der Armee dankbar anzuerkennen, wir geben auch das Bedürfniß einer Restauration des Zeughauses vollständig zu und wundern uns sogar, daß nicht früher schon eine Position hierfür im Extraordinarium gefordert worden ist; wir sind auch einverstanden, daß jetzt mehr Sorgfalt auf die Waffen- und Trophäensammlung verwendet wird, als dies bisher geschehen konnte, aber wir fragen uns, ob der Vorschlag so, wie er uns vorliegt, durchaus zweckmäßig ist und nicht in einzelnen Punkten über seine Grenzen hinausgeht. Meine Freunde und ich sind der Ueberzeugung, daß dies letztere in Bezug auf drei Punkte der Fall ist, den Kuppelbau, die Sculpturen und das Glasdach des Hofes. Mit der Streichung dieser Anlagen würde nach meinem Antrage eine Ersparung von 1,430,000 Mark eintreten. Für den Kuppelbau, den wir nicht allein für unnütz, sondern auch für unschön halten, wird von den Regierungscommissarien nur angegeben, daß die Kuppel vollständig im Innern verschwinden und von außen nicht sichtbar sein würde, Diese negative Vertheidigung beweist schon hinreichend die Unschönheit der projectirten Anlage; nach meiner Ansicht würde damit die Einheit des Gebäudes gänzlich gestört werden; wäre dieselbe nöthig gewesen, so würde sie schon der große Baumeister selbst hinzugefügt haben.

Ich bin sehr gern bereit, viel auf die Autorität der Regierungsvertreter in technischer Beziehung zu geben, aber wenn ich mir positiv sagen muß, daß das Project unschön ist, so bin ich nicht in der Lage, mein Recht als Volksbote so unbedingt in ihre Hände zu legen, besonders da wir in den letzten Jahren Gelegenheit genug gehabt haben, gegen die Sicherheit ihres Urtheils, besonders im Bausache, Bedenken zu hegen. Ist uns doch dies Project ursprünglich mit einem Voranschlag von 6 Millionen vorgelegt worden, während diesmal die Forderung doch sehr ermäßigt worden ist. Unter dem Begriff Sculpturen faßt die Vorlage insbesondere die Statuen der

Generäle zusammen; ich muß sagen, daß ich es nicht für angezeigt halte, wenn denselben bei Lebzeiten schon Denkmäler gesetzt werden. Wir haben ihnen sehr gern die Dotationen als Anerkennung des Volkes bewilligt, aber für Denkmäler eine halbe Million jetzt zu gewähren, halte ich nicht für richtig. Friedrich der Große, der doch mit kleinen Mitteln so Großes zu erreichen wußte, hat seinen Generälen während ihrer Lebzeit keine Statuen errichtet; die auf dem Wilhelmsplatz sind unter Friedrich Wilhelm II. und die von York und Gneisenau erst 1841 aufgestellt worden. Endlich können wir das Glasdach über dem Hofe mit den schweren eisernen Stäben nicht als nöthig anerkennen. Auf Eines möchte ich noch hinweisen: die Regierung hat die Zeit zur Einbringung der Vorlage sich so schlecht wie möglich ausgesucht. Im Jahre 1871 und 1873 hätten wir die Summen sehr gut bewilligen können, aber 1877, wo der Etat nur durch künstliche Mittel balancirt worden ist, wo die Milliarden schon alle zur Verwendung gekommen sind, wo wir einen Nothstand durch das ganze Land haben, nicht blos an der Weichsel, nicht blos in Westfalen, wo den vielen entlassenen Arbeitern durch die Communen und Regierungen Arbeit verschafft werden mußte, sondern auch in den ackerbauenden Gegenden, wie Posen, in welcher Provinz während des Februar 18 Güter mit 5814 Hektaren zur nothwendigen Subhastation stehen (Hört! Hört!) — in diesem Jahre haben wir kein Geld zu Luxusbauten.

Ein Mittel wüßte ich wohl, wodurch Geld für das Zeughaus beschafft werden könnte, und das ist Folgendes: 1871 sind für den Bau des Reichstagsgebäudes 8 Millionen Thaler bewilligt worden, die jetzt auf 28 — 29 Millionen Mark angewachsen sind. Nach langen Berathungen und Ablehnungen hatte die Commission hierfür einen guten Platz in der Königgrätzerstraße zwischen Lennéstraße und Charlottenburger Chaussee ausgewählt, doch die Regierung erklärte leider, daß sie weder dieses, noch irgend ein anderes fiscalisches Grundstück hergeben würde. (Hört! Hört!) Wenn nun die Regierung sich doch noch dafür entscheiden würde, so würde der Reichstag hierfür bereitwillig eine Summe hergeben, welche für die Restauraiion des Zeughauses verwendet werden könnte, und es würde auch zugleich endlich die Parlamentsangelegenheit, die sich schon so lange hinzieht, zur endlichen Regelung gelangen. Ich bitte Sie, mein Amendement anzunehmen: sollte das jedoch nicht geschehen, so müssen wir zu unserem Leidwesen gegen die Vorlage stimmen, weil wir Angesichts des Nothstandes nicht gewillt sind, Gelder für Luxusbauten herzugeben. (Beifall links.)

Regierungscommissar Geh. Rath Hitzig; Der Abg. von Benda hat sehr richtig bemerkt, daß man aus dem künstlerischen Entwurf nicht einzelne Theile herausstreichen könnte, ohne den ganzen Entwurf eigentlich ganz unmöglich zu machen. In dem Antrage Berger sind Sachen bewilligt worden, die gar nicht ausführbar sind, wenn die verlangten Streichungen erfolgen, namentlich ist dies mit der Anlegung der Freitreppe der Fall. Wie soll man dem Publikum zumuthen, wenn es erst ins Zeughaus eingetreten ist, über einen unbedeckten Hof zu einer Treppe zu gehen und 45 Stufen im Winter bei schlechtem Schneewetter zu ersteigen. Diese Treppe ist aber nöthig, weil im Zeughause nur zwei eigentliche Eingangstreppen sich befinden. Zwei Möglichkeiten wären nun da, um jene Treppe anzulegen, entweder im bedeckten Hofe oder im Inneren des Gebäudes. Denn einen Ausbau nach dem Hofe zu machen und in ihn die Treppe zu legen, ist unmöglich, ohne die ganze schöne Architectur des Hofes zu zerstören. Im Inneren die Treppe anzulegen, würde aber dazu führen, daß man die Gewölbe des Parterres zerbräche, daß man genöthigt wäre, die Kuppel nach der Vorderseite zu legen, was die Façade in jeder Weise verunstalten würde. Es ist hierbei also eines aus dem anderen entsprungen. Es ist aus inneren ästhetischen Gründen angenommen vorden, daß man, wenn man die Treppe erstiegen hätte, in einen größeren Raum trete. Es ist ja nicht zu leugnen, daß die architektonische Anordnung des Zeughauses im Innern eine große Einförmigkeit hat und es daher wünschenswerth erscheint in ästhetischer Beziehung einen größeren Raum zu bilden. Das führte aber dazu, daß dieser größere Raum eine größere Höhe haben mußte als die daneben liegenden Räumlichkeiten des Zeughauses. Wenn übrigens angeführt ist, daß die Kuppel höher als das ganze Gebäude ist, so ist das nicht richtig. Die Kuppel ragt nur 8 Meter über den First des Zeughauses empor und ist in Folge dessen zuerst nur auf eine Entfernung von 300 Meter zu sehen, d. h. der vierfachen Breite der Linden. Auf einen äußeren ästhetischen Effect durch die Kuppel haben wir von vornherein verzichtet. Was endlich die Ueberdeckung des Hofes mit einer Eisenconstruction betrifft, so braucht dieselbe nicht schwer zu sein; es liegt ein Beispiel der schönsten Ausführung dieser Art in der académie des beaux arts vor. Die Bedachung selbst war nöthig zur Sicherung der Treppe, sowie wünschenswerth für den Hof, der sowohl in seinen Verhältnissen, als auch namentlich durch die von Schlüter ausgeführten Masken sterbender Krieger einen großen Werth besitzt. Diesen Plan, der aus einem Gedanken entsprungen ist, würden Sie zerstören, wenn Sie etwas streichen.

Abg. v. Koller: Das Glasdach halte ich für unentbehrlich bei dem Umbau des Zeughauses, um das besichtigende Publikum gegen die Einflüsse des Wetters zu schützen. Die Bedenken des Abg. Berger gegen eine Kuppel würde ich für begründet erachten, wenn die Kuppel von Außen sichtbar wäre. Aber Sie haben ja von dem Regierungscommissar gehört, daß dies nur unter besonderen Verhältnissen möglich ist, und für das Innere des Gebäudes und eine schöne Ausstattung desselben halte ich den Kuppelbau für dringend wünschenswerth. Der augenblickliche wirthschaftliche Nothstand unseres Landes ist mir bekannt und ich bin auch der Meinung, daß sein Ende noch nicht so bald erreicht sein wird. Aber die Steuerkraft des Landes wird ja für diesen Zweck gar nicht in Anspruch genommen. Es ist allerdings richtig, daß das Geld, wenn es nicht für diesen Zweck verwendet würde, nach dem Gesetz zu Zwecken der Eisenbahnverwaltung verwendet werden müßte; aber ich muß doch darauf hinweisen, daß der weitaus größte Theil unseres Antheils an der französischen Kriegskostenentschädigung verwandt ist zu Eisenbahnzwecken und zur Schuldentilgung und daß damit die Steuerkraft, welche sonst für die Zinsen dieser Beträge in Anspruch genommon worden wäre, eine große Erleichterung erfahren hat. Ich will nicht näher auf den Rath des Abg. Berger eingehen, welcher den Erlös für die Ueberlassung eines Bauplatzes für das Reichstagsgebäude an das Reich zu diesem Zwecke zu verwenden wünschte, sondern nur bemerken, daß hierzu noch die Zustimmung des Reichstages und der Reichsbehörden zum Ankauf des Platzes nothwendig ist und dadurch das vorgeschlagene Mittel etwas problematisch wird. Die Einwände der beiden ersten Redner gegen die Vorlage halte ich im Wesentlichen schon für erledigt und will nur hinzufügen, daß bei den Armeen aller civilisirten Völker auch dem überwundenen braven Feind die volle Achtung gezollt wird und daß dieses Gefühl in der preußischen Armee für die ehemalige hannoversche Armee waltet.

Man tadelte nur die Politik, welche in der Schlacht bei Langensalza von hannoverscher Seite vertheidigt wurde. Niemand im Hause wünscht, daß die Trophäen im Zeughause in irgend einer verletzenden Weise für die annectirten Provinzen aufgestellt werden und wir haben das Vertrauen zur Staatsregierung, daß das nicht geschehen wird, aber ich bitte doch auch, nicht allzu sensibel in solchen Dingen zu sein. Wir sehen auch in Wien die Darstellungen unserer Niederlagen im siebenjährigen Kriege und in Versailles französische Siegesbilder aus der trübsten Zeit Deutschlands und obwohl wir im Jahre 1870 die Macht hatten, die letzteren zu zerstören, haben wir sie doch ruhig dort gelassen. Man hat auch den Culturkampf als Motiv gegen die Vorlage vorgebracht. Wir sind so rücksichtsvoll, solche Ausführungen gern mit anzuhören. (Heiterkeit.) Ich glaube, der Culturkampf hat doch hiermit nichts zu thun. Die Herren vom Centrum sagen ja immer, dieser Kampf müsse mit geistigen Waffen geführt werden, und hier handelt es sich doch nur um eiserne Waffen? In welchem Zusammenhang soll das stehen? Wenn man nun gar so weit geht, wie der Abg. v. Gerlach in der ersten Lesung es that, indem er sagte, das ganze Land sei in zwei feindliche Lager getheilt, es tobe ein Kampf um die heiligsten Güter der Menschheit, es sei eine Zeit für Trauer und Buße, dann muß ich sagen, daß er mit diesen Auffassungen wohl ziemlich allein im Lande steht, Muß man, weil man die Competenz eines Bischofs anders begrenzen will als die gegenwärtige Staatsregierung, auch blind sein für die Großthaten der preußischen Armee? Selbst wenn man den Standpunkt des Abg. v. Gerlach theilt und den Krieg von 1866 für unmotivirt hält, muß man doch anerkennen, daß es immer eine Ehre für eine Armee ist, dem Rufe ihres Kriegsherrn gefolgt zu sein und den Kampf siegreich und schnell beendet zu haben.

Man sagt auch, es sei jetzt nicht der richtige Moment für dieses Project, da die preußische Armee als solche nicht mehr bestehe, sondern in die deutsche aufgegangen sei. Ich gebe zu, daß der Augenblick des Ueberganges gleich nach dem Kriege ein geeigneterer gewesen sei, aber wenn die Vorlage auch etwas spät kommt, so kommt sie doch nicht zu spät. Aber es sind auch Gründe gegen eine weitere Verzögerung vorhanden. Noch leben die Leiter des Krieges, und eine große Anzahl von dankbaren Männern, welche dieses Werk vollendet sehen möchten, ehe jene Augen sich schließen. Deshalb bitte ich Sie, den Antrag Berger abzulehnen und das Gesetz in der Fassung der Budgetcommission anzunehmen. (Beifall.)

Die Discussion wird geschlossen, der Antrag Berger abgelehnt (dafür nur ein Theil der Fortschrittspartei und des Centrums) und darauf § 1 nach der Fassung der Commissionsbeschlüsse angenommen (dagegen das Centrum, die Polen und der größte Theil der Fortschrittspartei).

§ 1a lautet: „Aus der Summe von 4,330,000 Mark wird für das Etatsjahr vom 1. April 1877/78 der Betrag von 1 Mill. Mark zur Verfügung gestellt. Die in den folgenden Jahren zu verwendenden Beträge werden durch den Staatshaushaltsetat festgesetzt.

Abg. Frhr. v. Heereman: Ich will nur an dieser Stelle meine ästhetischen Bedenken gegen die Vorlage vorbringen. Ich habe nicht das Vertrauen, daß das Zeughaus nach dem in Aussicht genommenen Umbau in seiner jetzigen architektonischen Schönheit erhalten bleibt. Der Geschmack und die Stilfestigkeit der Ingenieure und Architekten Berlins flößt mir nach den Erfahrungen der letzten Jahre nicht das nöthige Vertrauen ein und auch die heutigen Ausführungen des Regierungscommissars haben auf mich nicht die gleiche beruhigende Wirkung geübt wie auf das gläubige Gemüth des Abg. v. Benda. Man wird sehr schwer eine Kuppel auf dem Gebäude anbringen können, denn zu einem Hochkuppelbau, der mit der Architektur des Zeughauses harmonirt, passen die Dimensionen desselben nicht. Man sagt aber, man würde die Kuppel von außen nicht sehen. Die Kuppel ist aber ein organischer Theil der Architektur eines Gebäudes, wo sie auftritt und eine schärfere Verurtheilung, als daß man die Kuppel nicht sehen soll, kann man gegen dieses Project nicht aussprechen. Und wenn man die verunzierende Kuppel auch von der Straße aus nicht sehen kann, kann man sie auch nicht von der ganzen Front des königlichen Schlosses sehen? Ich glaube auch kaum, daß es möglich sein wird, ein schweres Eisendach in eine harmonische Verbindung mit der schönen Architektur des inneren Hofes zu bringen. Ueberhaupt pflegt es immer ein Mißverhältniß zu geben, wenn man in alten Gebäuden moderne Constructionen anbringt. Ich fürchte, daß man sich bei diesem Gebäude, wie bei anderen monumentalen Gebäuden in Berlin, z. B. beim Schauspielhause, beim Opernhause und bei der National-Gallerie durch einen niedrigen Eingang wird hineinwinden müssen. Nach alledem halte ich die möglichste Vorsicht bei der Ausführung des Baues für geboten.

Darauf werden § 1a und § 2 in der Fassung der Commissionsbeschlüsse genehmigt.

Es folgt die Fortsetzung der zweiten Berathung des Etats und zwar des Etats des Ministerium des Innern. Cap. 89 der Ausgaben enthält im Titel 1 das Gehalt des Ministers 36,000 Mark.

Abg. v. Lyskowski: Die $2\frac{1}{2}$ Millionen Polen befinden sich ohne ihr Verschulden, obwohl sie willig an den Lasten des Staates Theil nehmen, in einer Ausnahmestellung. Man unterdrückt unsere Vereine, denen man nichts Strafbares hat nachweisen können, die sich gar nicht mit öffentlichen Angelegenheiten beschäftigen, zu denen der Zutritt Jedermann freisteht, welche große landwirthschaftliche Erfolge, Ausstellungen 2c. erzielt haben und deren einziges Verbrechen ist, daß in ihnen aus Rücksicht für die Mitglieder die polnische Sprache die Geschäftssprache ist. Eine gerechte Regierung würde Extravaganzen mit Hilfe des Strafgesetzbuches verhindern, aber die nationale Entwickelung fördern. Ein eclatantes Beispiel der gouvernementalen Praxis bietet der Oberpräsident von Preußen. Derselbe beantragte bei dem Kreisausschuß des Kreises Straßburg die Disciplinaruntersuchung gegen zwei Amtsvorsteher wegen Betheiligung an einer polnischen Versammlung. Der Kreisausschuß lehnte den Antrag ab. Auf Veranlassung des Oberpräsidenten nahm jetzt der Staatsanwalt die Verfolgung in die Hand und hat selbst gegen ein freisprechendes Urtheil des Kreisausschusses appellirt. Die polnischen Unterthanen Preußens müssen sich also ihre verfassungsmäßigen bürgerlichen Rechte bei den Gerichten erkämpfen. Ich muß mich auch beschweren über die Art und Weise, wie der Minister das Gesetz über die Amtssprache zur Ausführung bringt. Uns interessiren darin nur zwei Bestimmungen, die Machtbefugniß des Ministers, einzelne Bezirke von dem Gesetze auszunehmen und die Bestallung geprüfter und vereideter Dolmetscher. Bis jetzt sind nur einige Thorner Bezirke ausgenommen worden, in denen die polnische Bevölkerung keineswegs so überwiegend ist, wie z. B. in Löbau. Wahrscheinlich sind hierfür die Berichte der Landräthe maßgebend, und Löbau hat zur Vernichtung des polnischen Elementes erst neulich einen Staatsanwalt zum Landrath bekommen. Die geprüften Dolmetscher werden noch meistens durch Mitglieder der Kreisausschüsse vertreten und so die juristische Ungeheuerlichkeit bewirkt, daß Jemand Richter und Dolmetscher in einer Person ist. Die Polen werden auf alle Weise von der Selbstverwaltung ausgeschlossen, sie sind der Willkür der Behörden überliefert und deshalb ist dieses Haus die letzte Instanz und das einzige Forum für unsere Beschwerden. Wir dürfen sie aber nicht verschweigen, damit man uns nicht sage: Volenti non fit injuria.

Abg. Wehr (Conitz): Es kommt nicht darauf an, wie sich ein Verein nennt, sondern was er treibt, und ein Obertribunals-Erkenntniß, welches Sie in Oppenhoffs Rechtsprechung, Band 7, Seite 353 finden, sagt ausdrücklich: „Es ist nicht erforderlich, daß der Zweck der Einwirkung auf öffentliche Angelegenheiten im Vereinsstatut ausgesprochen sei, sondern es genügt für die Anwendung des Gesetzes, wenn der Verein durch sein thatsächliches Verhalten erkennen läßt, daß er eine solche Einwirkung auszuüben sucht.“ Nun behaupte ich allerdings, daß die landwirthschaftlichen Vereine und Erwerbsgenossenschaften in der That auf öffentliche Angelegenheiten einwirken wollen. Ihre eigenen Zeitungen sprechen es ausdrücklich und offen aus, die Vereine seien begründet zur Belebung der polnischen Nationalität, zur Stärkung und Hebung des polnischen Nationalgefühls. Ebendasselbe sprach in einem landwirthschaftlichen Verein der Abgeordnete Lyskowski aus mit den Worten: „Ich bringe Euch von den Großpolen ein herzliches Gotthelf zu den edlen Bestrebungen der Brüder in Westpreußen bezüglich der Hebung der polnischen Nationalität und hoffe, daß sich das Bruderband zwischen beiden immer fester knüpfen werde.“ Solchen Aeußerungen gegenüber thut die Regierung recht und es ist geradezu ihre Pflicht, wenn sie die Vereine überwachen läßt. Wenn ich Ihr schmerzliches Gefühl über den Verfall Ihrer Nation vollständig verstehe, so verstehe ich doch nicht, wie Sie so undankbar sein können, nicht anzuerkennen, wie der preußische Staat Sie in geistiger und materieller Beziehung gehoben hat. Wenn der Abg. Lyskowski sich beklagt, daß gegen Amtsvorsteher die Untersuchung eingeleitet ist, weil sie sich an agitatorischen und politischen Bestrebungen betheiligt haben, so bedauere ich nur, daß diese Herren überhaupt Amtsvorsteher geworden sind. Daß Sie nicht in den Kreisversammlungen vertreten sind, darüber können Sie sich nicht wundern, bei einer Wahl inmitten einer deutschen Bevölkerung und bei der Gesinnung, welche Sie gegen die Deutschen hegen. Aendern Sie Ihre Handlungsweise, reichen Sie uns die Hand, die Ihnen so oft geboten ist, wirken Sie mit uns in socialer, politischer und wirthschaftlicher Beziehung zusammen, dann werden Sie frei von der Bewachung der Staatsregierung werden.

Abg. Schlüter bringt einige Beschwerden aus den westlichen Provinzen bezüglich des unberechtigten Eingreifens des Oberpräsidenten v. Kühlwetter in die Selbstverwaltung und die langwierigen unnützen Schreibereien, die dadurch hervorgerufen seien, zur Sprache. Der Oberpräsident hat verfügt, daß sämmtliche Anfragen der provinzialständischen Ausschüsse durch die Gemeindevorsteher, den Amtmann, den Landrath und die Bezirksregierung an den Oberpräsidenten gelangen, einmal aus landespolizeilichem Interesse, dann auch um besonders bei Subventionirung von Gemeinden für den Wegebau u. dergl. ein Urtheil abgeben zu können. Das ist doch keine Selbstverwaltung mehr. Und trotz dieser Einmischung der Regierung ist in den letzten Jahren so schlecht gewirthschaftet worden, daß die Provinz in der Lage sein wird, in den nächsten Jahren jedes Jahr zu 40—60,000 Mk. zur Verbesserung der Brücken aufzuwenden. (Hört! hört! links.)

Minister Graf zu Eulenburg: Die Sachlage ist mir durch den Vortrag des Vorredners nicht ganz klar geworden; ich habe auch sonst von dem Erlaß des Oberpräsidenten gehört; möge man sich doch an mich wenden und Remedur verlangen. Aus den Aeußerungen des Vorredners kann ich keinen Anhalt dazu entnehmen.

Abg. Schröder (Lippstadt): Ich will nicht die Streichung dieses Titels beantragen, sondern nur die Hoffnung aussprechen, daß diese 36,000 Mark die letzten sein mögen, die der gegenwärtige Minister in Activität aus den Staatsfonds bezieht. (Bewegung.) Ich muß zunächst bemerken, daß ich mich geirrt habe, wenn ich neulich sagte, der Abg. Wehrenpfennig habe den Landrath von Landsberg-Steinfurt als ultramontan dem Minister denuncirt: er hat nur von den vielen ultramontanen Landräthen im Allgemeinen gesprochen. Der Abg. Lasker hat die von mir neulich gebrauchte Bezeichnung des Kirchengerichtshofes gemißbilligt; ich werde beim Etat noch weiter darauf eingehen, will ihn aber nur an die Twestensche Rede gegen den höchsten ordentlichen Gerichtshof des Landes erinnern, gegen welche meine Aeußerungen doch die eines Lammes waren. Wenn der Abg. Lasker ferner von den Klügeren meiner Partei gesprochen hat, die ihre Karten nicht aufdeckten, so nehme ich zuvörderst an, daß ihm der animus injuriandi fern gelegen habe, daß vielmehr seine Aeußerung nur eine Folge seiner pädagogisirenden Reizung war (Heiterkeit). Wir reden eben in Wahlreden nicht anders als hier, wir reden namentlich nicht grün und stimmen dann blau. Was die aufgedeckten Karten angeht, so spielen wir alle aufgedeckt und haben noch lange nicht den letzten Trumpf ausgespielt; der allerdings kann nicht aufgedeckt spielen, der keine Trümpfe hat und der schließlich doch einsieht, daß er nur bedienen muß (Heiterkeit im Centrum). Ich bitte also den Abg. Lasker mit mir nicht zu streng ins Gericht zu gehen; wenn ich seine staatsmännische Redeweise annehmen wollte, würde ich in meinem Wahlkreise nicht wieder gewählt werden, und er kann mir doch nicht zumuthen, daß ich seinetwegen meinen Sitz aufgeben sollte. (Heiterkeit.) Das weite Feld der Thätigkeit des Ministers des Innern ist nunmehr nur noch ein wüstes Feld, bedeckt mit den Trümmern der freiheitlichen Institutionen. In allen Erlassen und Reden des Ministers wird nur die Lehre vom beschränktem Unterthanenverstande gepredigt. Das Beschwerderegister gegen den Minister des Innern ist so lang, länger als das bekannte von Leporello. (Heiterkeit.)

Ich will nicht auf Alles eingehen, sondern nur die Bestätigung von Bürgermeistern herausgreifen. Der Bürgermeister von Valendar fühlte das Bedürfniß zur Beichte zu gehen; die Folge war, daß er seinen Beichtvater denuncirte, weil er ihm die Absolution verweigerte. Der Beichtvater wurde verurtheilt und die Bürger von Valendar mußten diesen Bürgermeister nicht nur noch länger behalten, sondern er wurde auch mit dem rothen Adlerorden oder Kronenorden 4. Klasse decorirt. Ich weiß nicht, ob post hoc hier auch propter hoc ist; aber jedenfalls dürfte es auch nicht einmal post hoc geschehen. Die Sache wird dadurch bedenklich, daß das Obertribunal in einem gleichen Falle entschieden hat, daß das Gesetz über den Gebrauch der kirchlichen Straf- und Zuchtmittel auch auf die Ohrenbeichte Anwendung findet. Der Vertheidiger war geradezu entsetzt über dieses Urtheil, und wenn wir in normal anständigen Zuständen lebten, hätte der Staatsanwalt eine solche Denunciation als Zeichen einer großen Gemeinheit des Charakters abweisen sollen. Dann hat der Minister den Herrn Tripp als Bürgermeister von Solingen nicht bestätigt, die Folge war, daß dort ein Socialdemokrat gewählt ist, der auch vielleicht den Reichstag als Alterspräsident eröffnen wird. (Heiterkeit.) Es ist ein großer Fehler, die Socialdemokraten als eine Lumpenbande zu betrachten, die nur auf Raub und Diebstahl ausgeht und gegen die man Säbel und Flinten anwenden müsse. Wenn ich Kriegsminister wäre und der Minister des Innern verlangte von mir Säbel und Flinten, so würde ich im Interesse des Staats gegen diese Forderung auftreten. Denn wenn die 500,000 socialdemokratischen Wähler und die übrigen Socialdemokraten unter 25 Jahren alle todtgeschossen sind, wer soll dann die Armee ernähren und woher soll sie sich rekrutiren. Wenn man einen Portepeefähnrich von 17 Jahren fragte: was würdest Du gegen die Socialdemokraten thun, und er sagte: Ich würde die Canaillen todtschießen, so würde ich ihm auf die Schulter klopfen und ihm sagen: Brav, mein Sohn! Du kannst noch einmal Minister werden! (Große Heiterkeit.) Wenn ich aber vom Ministertische aus das höre, dann muß ich sagen, das Avancement könnte umgekehrt stattfinden. (Heiterkeit.)

Die Nichtbestätigung des Bürgermeisters Kauffmann von Bonn hat zu einer Interpellation Veranlassung gegeben und die Regierung sah sich nicht veranlaßt eine Antwort zu ertheilen; das Haus war so perplex, daß es keine Besprechung der Sache vornahm. Herr Kauffmann war 24 Jahre Oberbürgermeister und wurde einstimmung wiedergewählt, aber nicht bestätigt, weil er nicht erklären wollte, daß er die Maigesetze mit Freuden ausführe. In den Wahlaufrufen der liberalen Parteien steht immer soviel vom Particularismus. Woher kommt denn der Particularismus besonders im Süden? Weil die Süddeutschen befürchten, daß man ihnen preußische Zustände aufzwingen wolle. In Baiern kann es nicht vorkommen, daß die Bürgermeister nicht bestätigt werden; die Wahl derselben geht die Regierung dort nichts an. Ist es nun nicht ganz natürlich, daß die Bürger von Bonn sich wundern, daß der Culturkampf in alle Verhältnisse eindringt und daß sie den Grund nicht einsehen können, weshalb ihr alter Bürgermeister, der die Communalverwaltung zur Zufriedenheit Aller leitete, nicht wieder bestätigt werden sollte. Aber der Minister des Innern will ja Culturkampf à tout prix, denn die Herren leben ja vom Culturkampf; wo sollten sie denn sonst eine Majorität im Hause herbekommen. Nach allem Diesem kann ich Sie also nur bitten, das Gehalt des Ministers zu bewilligen. (Heiterkeit.)

Minister des Innern Graf zu Eulenburg: Ich glaube nicht, daß das Haus sich auf den Standpunkt stellen wird, wie das der Vorredner zu thun schien, nämlich nach der Zahl der Tausend Mark, die ich während meiner Amtsperiode bezogen habe, meine Verdienste und die Wünsche nach meinem Rücktritt abzumessen. (Sehr wahr!) Das aber versichere ich Ihnen, den Wunsch des Vorredners, daß die in diesem Etat für mich eingesetzten 36,000 Mark die letzten sein möchten, die ich beziehe, diesen Wunsch theile ich viel heißer, als er vielleicht je aus der Brust des Vorredners hervorgekommen sein mag. (Bravo! im Centrum.) Was die Frage der Nichtbestätigung von Bürgermeistern betrifft, so ist das hundert Mal hier ventilirt worden, so daß ich nichts Neues für die Grundsätze, die die Regierung hierbei geleitet haben, anführen kann. Von dem Fall, der in Valendar vorgekommen sein soll, habe ich auch nicht die leiseste Erinnerung, derselbe muß schon lange Zeit zurückliegen. Aber die Herren Tripp und Kaufmann in Solingen und Bonn, die sind beide mit meinem vollen Bewußtsein und auf meinen Antrag nicht bestätigt wordes, und in beiden Fällen halte ich diese Nichtbestätigung für durchaus gerechtfertigt und den Wünschen aller verständigen Leute in beiden Communen entsprechend. (Rufe: Oho!) Das ist ganz bestimmt in Bonn der Fall, meine Herren, und war es auch in Solingen. Nun richtet der Vorredner einen Angriff gegen mich dahin, die Folge einer Nichtbestätigung Tripp's in Solingen sei die Wahl eines Socialdemokraten jetzt in diesem Augenblicke gewesen, während der Grund einfach darin liegt, daß die Ultramontanen in hellen Haufen für den Socialdemokraten gestimmt haben. (Widerspruch im Centrum. Sehr wahr! links.) Noch Eins. Der Vorredner hat — ich weiß nicht, ob er Mitglied des Reichstages war — sich gegen das gewandt, was ich im vorigen Jahre über die Socialdemokratie vorzubringen Gelegenheit hatte. Entweder ist er nicht anwesend gewesen oder hat nicht gelesen, was ich gesagt habe. Niemals ist es über meine Lippen und in meine Gedanken gekommen, die Socialdemokraten als ein zusammengelaufenes Gesindel anzusehen, welches nichts anderes verdiente als mit Säbel und Schießgewehr behandelt zu werden. (Rufe im Centrum: Die Flinte schießt! der Säbel haut!)

Was ich damals sagte, hatte eine Bedeutung, die heute vielleicht schon in einem ansprechenderen Licht erscheinen mag, als sie damals allgemein aufgenommen wurde. Ich führte damals aus, daß die Socialdemokratie, ursprünglich vielleicht von ganz berechtigten socialen Forderungen ausgehend, sämmtliche Institute des Staates, des monarchischen sowohl wie jedes Staates überhaupt aufheben will von Grund und Wurzel aus und etwas Neues aufzubauen die Absicht hat, wovon kein Mensch in seinem Gehirn sich eine Vorstellung machen und was nur immer als allgemeines Ideal aufgestellt werden kann. Ich habe gesagt, darin liegt die Gefahr, und wenn wir nicht bei Zeiten der Ausbreitung dieser verrückten Schwärmerei entgegentreten, so werden wir mit Säbel und Flinte endigen. Dies war meine Deduction, und bei dieser Deduction muß ich um so mehr bleiben, wenn ich sehe, wie sich die Sachen entwickelt haben. Behandeln wir doch diese Frage nicht so mit einzelnen Schlagwörtern oder glauben wir nicht, daß wir über dieses Schauspiel, was sich vor uns entwickelt, so mit leichter Mühe hinwegkommen werden! Die Frage liegt ungeheuer tief, sie ist ein wirklicher Schaden unserer socialen, staatlichen und parteilichen Zustände. Ich glaube, daß die Socialdemokratie sich nicht herausgebildet hätte, wenn sie nicht ihren Ursprung geschöpft hätte aus anderen Parteien (Rufe: Namen!), deren Essenzen als Gift auf sie herabgeträufelt sind. (Heiterkeit.) Es ist mir gesagt worden von Seiten der Fortschrittspartei, ich sei der eigentliche Schöpfer der Socialdemokratie, ich hätte sie vor sechs bis sieben Jahren nicht genug unterdrückt.

Nun gut! Das ist eine Behauptung, die ich für absolut unrichtig halte, die aber auch nicht den geringsten Anklang sonst gefunden hat. Aber dabei bleibe ich stehen, wir sind dieser Bildung in unserem Staatsleben gegenüber zu der äußersten Vorsicht verpflichtet und wozu noch mehr? Zum Zusammenschluß aller derjenigen Elemente im Staate, welche berufen und stark genug sind, den Staat als solchen, den monarchischen Staat, den christlichen (Ruf im Centrum: Culturkampf!) aufrecht zu erhalten und gegen seinen Umsturz zu schützen. Glauben Sie nicht, daß Sie durch Ihr ewiges Rütteln an der Rechtsbeständigkeit rite zu Stande gekommener Gesetze, durch den ewigen Vorwurf, wir fänden am Culturkampf Freude und Leben, und durch diese fortwährende Erregung der Gemüther auf einem Felde, was ja so leicht zugänglich ist — glauben Sie nicht, daß Sie auch den Socialdemokraten die Wege bahnen? (Unruhe im Centrum.) Für die jetzigen Zustände gehört eine ernstere Stimmung, als diejenige, welche der Herr Vorredner immer zur Schau trägt. (Sehr richtig! Beifall.)

Abg. Kantak beklagt sich lebhaft darüber, daß der Minister des Innern mit keinem Worte auf die Beschwerden des Abg. Lyskowski geantwortet habe. Die Polen verlangen nichts, als daß man sie auf gleichem Fuße und gleichem Maße behandele, wie die preußischen Bewohner deutscher Nationalität. Aber die Ungleichheit der Behandlung und die Gesetzesverletzung von Seiten der Regierung gegen die Polen, erbittern die Gemüther und haben die Agitationen in den polnischen Landestheilen als eine Nothwehr im Gefolge. Zu einer solchen Erbitterung werde auch das heutige hartnäckige Schweigen des Ministers des Innern nicht wenig beitragen.

Die Discussion wird hierauf geschlossen und die Position bewilligt.

Schluß 4 Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 11 Uhr. (Antrag Reichensperger, betreffend die Beschlagnahme der Pfarrdotalgüter, Antrag Schmidt (Sagan) wegen Einstellung der Erhebung von Brückenzöllen; Wahlprüfungen.)

4. Sitzung des Herrenhauses vom 6. Februar.

1 Uhr. Am Ministertische mehrere Commissarien.

Ohne Debatte erledigt das Haus die Gesetzentwürfe, betreffend die Verpflichtung zum Halten der Gesetzsammlung und des Amtsblattes im Kreise Herzogthum Lauenburg, betreffend die Einstellung

der Erhebung der Meßabgabe in Frankfurt a. O. und betreffend die anzufertigenden und zum Verkauf zu stellenden Stempelsorten in einmaliger Schlußberathung.

Auf Antrag des Grafen Rittberg werden darauf die Herren Dr. Baumstark, Dr. Elwanger und v. Rabe zu Mitgliedern der statistischen Central-Commission und Dr. Sulzer zum Mitglied der Staatsschuldencommission per Acclamation wiedergewählt.

Schluß 1¾ Uhr. Nächste Sitzung Mittwoch 1 Uhr. (Gesetzentwurf, betreffend die Befähigung zum höheren Verwaltungsdienst und kleinere Gesetze.)

Berlin, 6. Februar. [Amtliches.] Se. Majestät der König hat dem gerichtlichen Häuser-Administrator Friedrich Wilhelm Schalhorn zu Berlin den Königlichen Kronen-Orden vierter Klasse; dem Hausvater Götz bei der Strafanstalt zu Görlitz das Kreuz der Inhaber des Königlichen Haus-Ordens von Hohenzollern; dem Districts-Schullehrer Göttsche zu Grammdorf im Kreise Oldenburg den Adler der Inhaber desselben Ordens verliehen.

Se. Majestät der König hat den Regierungs-Assessor Dr. juris Ernst Wilhelm Richard Spilling in Potsdam zum Consistorial-Rath und Mitglied des Consistoriums der Provinz Pommern ernannt und den besoldeten Beigeordneten (zweiten Bürgermeister) der Stadt Naumburg a. S., Göbel, in Folge der von der dortigen Stadtverordneten-Versammlung getroffenen Wahl, als ersten Bürgermeister der Stadt Naumburg a. S. für die gesetzliche Amtsdauer von 12 Jahren bestätigt.

Am Gymnasium in Insterburg ist der ordentliche Lehrer Dr. Franz Theodor Moritz Schmidt zum Oberlehrer befördert worden. An dem katholischen Schullehrer-Seminar zu Oppeln ist der Lehrer Morawitzky von der höheren Lehranstalt zu Königshütte O.-S. als Hilfslehrer angestellt worden. — Der Königliche Kreisbaumeister Oscar Trainer zu Berleburg, Regierungsbezirk Arnsberg, ist in gleicher Amtseigenschaft nach Biedenkopf, Regierungsbezirk Wiesbaden, versetzt worden. — Der Kreisrichter Albrecht in Bauerwitz ist zum Rechtsanwalt bei dem Kreisgericht in Anclam und zugleich zum Notar im Departement des Appellationsgerichts zu Stettin mit Anweisung seines Wohnsitzes in Ueckermünde ernannt worden.

Berlin, 6. Febr. [Se. Majestät der Kaiser und König] nahmen heute im Beisein des Gouverneurs, Generals von Boyen und des Commandanten, Generalmajors v. Neumann militärische Meldungen entgegen, ließen Sich durch den Chef der Admiralität, General v. Stosch, und den Chef des Militärcabinets, Generalmajor von Albedyll Vortrag halten und empfingen den General der Infanterie z. D. v. Kummer.

[Ihre Kaiserlichen und Königlichen Hoheiten der Kronprinz und die Kronprinzessin] mit Sr. Königlichen Hoheit dem Prinzen Wilhelm folgten gestern Nachmittag 5 Uhr der Einladung Ihrer Majestäten zum Diner. (R.-A.)

⊙ **Berlin,** 6. Febr. [Die Hoftrauer. — Die Justizgesetze. — Der Welfenfonds. — Der Oberkirchenrath.] Da die eigentliche Hoftrauer demnächst zu Ende geht, so werden die kleinen Donnerstags-Gesellschaften bei der Kaiserin im Palais wieder ihren Anfang nehmen. — Das Gerichtsverfassungs-Gesetz, welches den 27. Januar als Vollziehungsdatum trägt, wird in dem morgen erscheinenden „Reichs-Gesetzblatt" veröffentlicht werden. Die Civilproceß-Ordnung trägt den 30. Januar als Datum und wird in der nächst folgenden Nummer des „Reichs-Gesetzblattes" zur Veröffentlichung gelangen. Die Strafgesetzordnung enthält das Datum des 1. Februar. — Die formelle Behandlung, welche die gestrige Interpellation im Herrenhause erfahren hat, und die Beantwortung derselben nicht durch einen Minister, sondern nur durch einen Rath des Auswärtigen Amts deutet darauf hin, daß die Staatsregierung dem Vorgehen des Interpellanten die möglichst geringe Bedeutung beizulegen gewillt war. Andererseits ließ aber die Anwesenheit des Fürsten Bismarck und anderer Minister erkennen, daß die Regierung darauf gefaßt war, bei einer weiteren Erörterung der Angelegenheit sich zu betheiligen. Das wäre jedoch nur dann möglich gewesen, wenn das Herrenhaus Neigung gezeigt hätte, das Vorgehen des Grafen Schulenburg sich anzueignen. Aber nicht einmal die rechte Seite des Hauses hat es für opportun gehalten, der Anregung Folge zu geben. Uebrigens ist jetzt klar erwiesen, daß die „Kreuzzeitung" in großem Irrthum war, wenn sie voraussetzte, die Interpellation habe eigentlich nur den Zweck, die Regierung zu Mittheilungen über die Verwendung des Welfenfonds zu drängen. Weder aus der Interpellation noch aus der Begründung war das heraus zu hören. Wohl aber wurde deutlich ersichtlich, daß es sich um einen Act bloßer Parteitaktik und um den Zweck handelte, der Regierung Schwierigkeiten zu bereiten. — In dem Ausgabe-Etat für das Cultusministerium findet sich bekanntlich eine Erhöhung des Gehalts für den Präsidenten des Ev. Oberkirchenraths und die Creirung der Stelle eines Vice-Präsidenten. Diese Forderungen ergeben sich naturgemäß aus der Ausführung des Gesetzes über die evangelische Kirchen-Verfassung. Nach diesem Gesetze gehen nämlich die Externa des Kirchenregiments, welche bisher theils den Consistorien, theils den Bezirksregierungen oblagen, auf die rein kirchliche Behörde, also auf den Ev. Oberkirchenrath über. Die Erhöhung der Ausgaben entspricht nur der wesentlichen Vermehrung der Thätigkeit des Ev. Oberkirchenraths und es wird also nur die budgetmäßige Ausführung eines bereits feststehenden Organisationsgesetzes gefordert.

[Die Tonga-Inseln.] Der telegraphisch gemeldete Artikel des „Staatsanzeigers" lautet wörtlich, wie folgt: Mehrere Zeitungen bringen die Nachricht, daß der Text des zwischen Deutschland und den Tonga-Inseln abgeschlossenen Vertrages in der „Tonga-Times" vom 4. November veröffentlicht und daß darin die Abtretung eines Hafens an Deutschland stipulirt sei. Wie sich aus unserer gestrigen Mittheilung ergiebt, ist letztere Nachricht unbegründet. Der König von Tonga hat, um der deutschen Marine die Einnahme von Bedarf nach Maßgabe der Gesetze seines Landes zu erleichtern, im Besondern, um die Herrichtung einer Kohlenstation in seinem Gebiet zu ermöglichen, im 5. Artikel des Freundschaftsvertrages der deutschen Regierung alle Rechte der freien Benutzung des nöthigen Grund und Bodens an geeigneter Stelle, doch immer unbeschadet aller seiner Hoheitsrechte bewilligt, also weder Landeshoheit noch Hafen abgetreten. Uebrigens ist der Vertrag vom 1. November für Deutschland nicht blos vom Befehlshaber der „Hertha", sondern auch vom dortigen kaiserlichen Consul Weber abgeschlossen, für den König von Tonga von Herrn Tugi, Präsidenten der dortigen gesetzgebenden Versammlung, und dem Dolmetscher Prediger Baker.

§ [Zum Corny-Mord.] Der angebliche Mörder des Bäckerlehrlings Corny, von Wangenheim, welcher mit von Zastrow hier confrontirt werden sollte, hat bei seiner Vernehmung in Berlin eingestanden, daß er alle die Angaben nur erfunden habe, um nach Berlin zu kommen. Von psychologischem Interesse dürfte es sein, daß von Wangenheim der dreißigste ist von Denen, die sich selbst jenes Verbrechens beschuldigt haben, darunter befinden sich übrigens auch vier alte Weiber. Auch die Angabe, daß die Mörder der Wittwe Lissauer entdeckt seien, ist falsch.

[Dr. Otto Hübner,] Director der nach ihm benannten „Preußischen Hypotheken-Versicherungs-Actien-Gesellschaft", ist gestern Vormittag nach längeren Leiden gestorben. Dr. Otto Hübner war am 18. Juli 1818 in Leipzig geboren, hatte somit sein 59. Lebensjahr noch nicht vollendet. Er gehörte, wie der „Berliner Börsen-Courier" meint, zu den Ersten, die die Statistik wissenschaftlich betrieben, und seine statistischen Arbeiten trugen ihm einen bedeutenden Ruf ein. Seine „Statistische Tafel aller Länder der Erde" gehörte zu den meistverbreiteten statistischen Tabellen in Deutschland.

[Sr. Majestät Schiff „Elisabeth",] welches am 24. November 1876 St. Vincent verlassen hatte, ist am 28. Decbr. in Capstadt eingetroffen und hat am 5. Jan. c. die Weiterreise nach Singapore angetreten.

Pritzwalk, 6. Febr. [Wahl.] Bei der Ersatzwahl zum Abgeordnetenhause wurde Fabrikbesitzer Dr. Burg (lib.) mit 184 von 335 abgegebenen Stimmen gewählt. Der Gegencandidat Präsident Persius (neuconserv.) erhielt 151 Stimmen.

München, 5. Febr. [Der Zeugnißzwang.] Auch Baiern scheint sein Contingent zu den Zeugnißzwangs-Processen stellen zu sollen. In der „Amberger Volkszeitung" lesen wir: „Heute (31. Jan.) wurde der Redacteur der „Amberger Volkszeitung", J. Habbel, vom Bezirksgerichts-Director W. Schmidt vorgeladen, um über die Sigl'sche Behauptung, daß nämlich Assessor Walter der eigentliche Redacteur der „Volkszeitung" und des „Hausfreundes" sei, vernommen zu werden. Habbel erklärte, daß er der Redacteur seiner Blätter sei, und daß er weitere Auskunft über Redactionsverhältnisse nicht geben werde. Director Schmidt stellte wegen Verweigerung des Zeugnisses Strafe in Aussicht und bemerkte, daß möglicher Weise auch Haussuchung stattfinden könnte. Habbel entgegnete, daß er es darauf ankommen lasse. Nachmittags wurde der Factor der Druckerei der „Amberger Volksztg." und ein Commis aus dem Geschäfte ebenfalls vorgeladen. Factor Näßler erklärte, daß er über geschäftliche Verhältnisse keinerlei Aussage machen werde, und verblieb hierbei trotz der in Aussicht gestellten Strafe bis zu 50 Fl. oder 14 Tagen Haft."

München, 5. Febr. [Der katholische Männer-Verein St. Ludwig] veröffentlicht folgende Erklärung gegen Dr. Sigl:

„Nachdem nunmehr der vom hiesigen baierisch-patriotischen Wahl-Comtte München II in Vorschlag gebrachte Reichstags-Candidat definitiv und mit glänzender, kaum geahnter Stimmen-Mehrheit gewählt worden ist, sieht sich der unterzeichnete Verein zu seinem Bedauern veranlaßt, über die leidenschaftliche und fortgesetzte Bekämpfung, welche diese Wahl durch den Redacteur Dr. Sigl erfahren hat, seinen vollen Abscheu auszusprechen. Sechs Tage vor dieser Wahl suchte Dr. Sigl unsere Sympathien für Dr. Moufang in Mainz zum Nachtheil unseres Vertrauensmannes zu wecken, und unmittelbar vor dem Wahlacte selbst gab Dr. Sigl die Parole „Wahl-Enthaltung" aus. Ein empörender Vorwurf, welchen das „Baier. Vaterland" gegen die Verlässigkeit unseres Candidaten erhob, wurde von Letzterem in öffentlicher Erklärung vom 25. d. als „dreiste Lüge" bezeichnet, von Dr. Sigl „eigens erfunden". Indem wir hiermit constatiren, daß der genannte Redacteur durch sein Gebaren in den jüngsten Tagen den Dank unserer liberalen Gegner verdient hat, erklären wir dieses Benehmen zwar als „extrem", keineswegs aber als „katholisch"; uns gilt Dr. Sigl nicht mehr als Vertreter der baierisch-patriotischen Partei, und wir werden den Tag preisen, an welchem derselbe auch seinerseits die katholische Fahne niederlegen wird, um sie verlässigeren und besseren Händen zu überlassen."

Provinzial-Zeitung.

H. **Breslau**, 6. Febr. [Schlesischer Protestanten-Verein.] Den fünften der von dem Vereine im Musiksaale der Universität veranstalteten Vorträge hielt gestern Abend Herr Pastor Schimmelpfennig aus Arnsdorf. Gestützt auf reiche historische Kenntnisse entrollte derselbe ein ungemein interessantes Bild von dem Zustande der „evangelischen Kirche Schlesiens im 16. Jahrhundert", indem er zunächst einen Blick auf die damaligen Verhältnisse des Landes und deren Einfluß auf die Verbreitung der Reformation warf, sodann die Organisation betrachtete, welche die evangelische Kirche Schlesiens sich gab und schließlich zeigte, wie ihre anfängliche freiere Richtung allmälig in lutherische Orthodoxie überging.

—d. **Breslau**, 6. Febr. [Bezirks-Verein der Nicolai-Vorstadt.] Die am 5. Februar in der Rösler'schen Brauerei abgehaltenen Versammlung eröffnete Maurermeister und Stadtv. Simon mit der Mittheilung über die Constituirung des Vorstandes: Maurermeister und Stadtv. Simon, Vorsitzender; Kaufmann und Stadtv. Ulbrich, Stellvertreter; Ofenfabrikant Kanold, Schriftführer; Brauereibesitzer Rösler, Stellvertreter; Bureau-Assistent Rosemann, Kassirer; Kaufmann Erhardt, Stellvertreter. Hierauf hielt Gymnasiallehrer Dr. Badt einen Vortrag „über Volksmärchen und Sagen", wofür die Versammlung dem Redner ihren Dank durch Erheben von den Plätzen bekundete. — Es wurde demnächst beschlossen, Sonnabend, den 17. d. M., einen geselligen Abend in der Rösler'schen Brauerei zu veranstalten, bei welchem Gäste durch Mitglieder eingeführt werden können. — Ein Fragesteller rügt die Unwegsamkeit der „Kurzen Gasse" und der „Posener Straße". Die Versammlung beschließt, die städtischen Behörden um Pflasterung genannter Straßen zu ersuchen. — Ein Mitglied ersucht den Vorstand, den Besuch der Gasanstalt, des Wasserhebewerkes und der Dampfbäckerei des Consumvereins seitens des Vereins zu veranlassen. Dem Wunsche des Fragestellers soll im kommenden Sommer entsprochen werden. — Eine andere Frage lautet: Wie steht es mit der Einrichtung einer Mädchen-Mittelschule vor dem Nicolai-Thor? Uhrmacher Kraker theilt mit, daß Magistrat bereits beschlossen habe, mit Errichtung derartiger Schulen vorzugehen. Nach einer Mittheilung des Vorsitzenden hat Stadt-Schulrath Thiel bereits früher das Bedürfniß einer Mädchen-Mittelschule vor dem Nicolai-Thor anerkannt. Es dürfte mithin ein diesbezügliches Gesuch an den Magistrat nicht ohne Erfolg sein. Das Gesuch an den Magistrat in dieser Angelegenheit wird beschlossen. — Auf eine Beschwerde über die mangelhafte Beleuchtung des Berliner Platzes hin beschließt der Verein, den Magistrat um Aufstellung eines Gascandelabers an genannter Stelle zu ersuchen. — Schließlich wurde vielfachen Wünschen gemäß beschlossen, beim Magistrat um Pflasterung der frequenten Schwerdtstraße vorstellig zu werden.

[In Sachen Lebensmittel-Verfälschung,] schreibt der „Westf. Merc.", haben die Gebrüder Stollwerck (Besitzer der bekannten Chocoladen-Fabrik) zu Köln sich veranlaßt gefunden, eine Anzahl Präparate, welche unter dem Namen „Chocolade" verkauft werden, analysiren zu lassen. Die Herren Dr. Vohl in Köln und Apotheker Heinz in Duisburg, zwei anerkannte chemische Autoritäten und declarirte Feinde der Lebensmittel-Verfälschung, unterzogen sich dieser Arbeit. Die Resultate waren unglaublich; von siebzehn Analysen ergaben neun das vollständige Fehlen von Cacao; nur gemahlene Cacaoschalen und Keime, Rindertalg, ordinäres gebranntes Mehl und schlechter Zucker bildeten die Bestandtheile der sogenannten Block-, Suppen- und Bruch-Chocoladen. In zwei Fällen hatte außerdem Zusatz von 5 resp. 10 pCt. Schwerspath stattgefunden, abgesehen von der Beimischung vegetabilischer Farben. Die Analysen von zwei der „berühmten holländischen Puder-Cacaos" der zwei bedeutendsten Firmen Hollands ergaben eine Beimischung von 10 resp. 12 pCt. werthloser Stoffe! Also: Warnung vor dem Ankaufe zu billiger Chocoladen!

[Notizen aus der Provinz.] * Görlitz. Am Montag Abends gegen 11 Uhr wurde der Wagenschieber Minnich von hier in der Nähe der Laderampe der Berlin-Görlitzer Eisenbahn auf hiesigem Bahnhofe neben dem Schienengeleise liegend aufgefunden. Bei näherer Untersuchung ergab es sich, daß Minnich bei dem vorher stattgehabten Rangiren eines Zuges verunglückt und ihm das eine Bein entzwei gefahren worden war, ohne daß die übrigen Mitarbeiter dies bemerkt hatten. Der Verunglückte wurde in das städtische Krankenhaus gebracht.

+ Ratibor. Der „Oberschles. Anz." meldet unterm 6. Februar: Ein entsetzliches Unglück ereignete sich heut Nachmittags 3½ Uhr. Die Frau und das Dienstmädchen des in der Langenstraße wohnhaften Handschuhmachers Samberger gingen mit einer brennenden Kerze in den Keller, um aus einem Ballon „Benzin" zum Handschuhwaschen zu entnehmen. Der in der Werkstätte bei der Arbeit beschäftigte Mann hört plötzlich eine Detonation. Er springt in den Keller und findet die Frau und das Dienstmädchen entsetzlich verbrannt an dem brennenden Benzinballon liegen. — In dem Augenblicke, wo wir diese traurige Mittheilung niederschreiben, dürfte die Frau bereits den Geist aufgegeben haben; vor wenigen Minuten athmete sie nur noch schwach. Das Dienstmädchen ist entsetzlich verstümmelt und wird schwerlich am Leben bleiben.

Handel, Industrie 2c.

Berlin, 6. Febr. Das Hauptmoment für die heutige Börse war die Nachricht von dem Sturze des türkischen Großveziers Midhat Pascha. Es konnte dieselbe nicht verfehlen, im ersten Augenblicke eine gewisse Beunruhigung hervorzurufen. Später wich jedoch dieser Eindruck einer objectiven Ueberlegung und allmälig gewann die Anschauung, daß durch die Absetzung des Ministers weniger ein Systemwechsel als ein Personenwechsel (vielleicht selbst unter Rücksichtsnahme auf Rußland) bezweckt sei, die Oberhand. Die Börse wurde überdies in dieser Annahme noch bestärkt durch eine Depesche, wonach der Sultan in einem feierlichen Hatt sich bestimmt dahin geäußert habe, daß er an der Verfassung festhalte und die schleunige Durchführung derselben bezwecke. Die Stimmung der Börse wechselte denn auch bald nach Eröffnung des Geschäftes und nahm einen festen Charakter an, der sich jedoch nicht dauernd erwies. Der besseren Stimmung stand übrigens auch eine Stütze aus nicht ganz unintereſſirten Kreisen zur Seite. Die internationalen Speculationspapiere schließen nur wenig unter gestrigem Stande. Lombarden trugen sogar eine Courssteigerung davon. Die österreichischen Nebenbahnen trugen eine ziemlich gedrückte Physiognomie, der Verkehr darin war sehr gering und das angebotene Material konnte nur zu niedrigerem Course Aufnahme finden. Galizier und Rudolfsbahn vorzugsweise weichend, die localen Speculationseffecten verhielten sich sehr ruhig, hatten zwar auch etwas niedriger eingesetzt, erfreuten sich jedoch einer verhältnißmäßig festen Stimmung und zogen im weiteren Verlaufe in den Notirungen wieder an, so daß sie das gestrige Coursniveau fast ganz zurückgewannen. Disconto-Commandit 108,75, ult. 108,25—8,75, Laurahütte 63,50, ult. 63 bis 62,75—63,60. Aehnlich zeigte sich das Geschäft in den ausländischen Staatsanleihen, obwohl für diese Werthe die Differenz zwischen den heutigen und den gestrigen Schlußcoursen schärfer ausgeprägt blieb. Oesterreichische Renten, besonders Papier- und Goldrente, gingen aus dem heutigen Verkehr mit nicht ganz unbedeutender Courseinbuße hervor. Italiener niedriger, Türken behaupteten sich verhältnißmäßig besser. Russische Werthe bei sehr geringem Umsatz nachgebend. 5proc. Anleihen pr. ult. 82—81,90—82,40. Preußische und andere deutsche Staats-Papiere unbelebt. Das Prioritäten-Geschäft trug im Allgemeinen eine schwache Stimmung, nur einige einheimische Devisen waren beliebt. Auf dem Eisenbahn-Actien-Markte stagnirte das Geschäft. Die rheinisch-westfälischen Speculations-Devisen blieben matt. Für Bergische und Rheinische prävalirt das Angebot, Berlin-Dresdener, Nahebahn zeichneten sich durch Festigkeit und regeren Umsatz aus. Bankactien verhielten sich sehr ruhig, Centralbank behauptete gute Festigkeit, Geraer Bank zeigte sich auch heute wieder in gutem Verkehr, Braunschweigische Hypothekenbank belebt, Hannoverische Bank ging zu höherem Course lebhaft um, Anglo-Deutsche Bank weichend, Hübner Hypotheken-Versicherungs-Bank und Meininger Hypothekenbank niedriger, Centralbank für Bauten matt, Bergisch-Märkische Bank gedrückt. Industriepapiere waren nur wenig im Verkehr. Für Neue Berliner Pferdebahn versuchte man heut zum ersten Male eine Notiz zu fixiren. Uns wurde der Paricours genannt. Neptun hat bei höherer Notiz ziemlich lebhaften Verkehr aufzuweisen. Norddeutsche Eiswerke begehrt. Centralstraße in guter Frage. In Saline Salzungen fehlte es an Abgebern. Oberschl. und Norddeutscher Eisenbahnbedarf beliebt. Montanwerthe schienen wenigstens theilweise einer besseren Meinung zu begegnen. Gelsenkirchen, Köln-Müsen u. Braunschw. Kohlenbergwerke besser. Donnersmarck belebt. Durer Kohlen anziehend. Bochumer und Phönix niedriger.

Um 2½ Uhr: Still. Credit 240,50, Lombarden 128,00, Franzosen 392,00, Reichsbank 157,00, Disconto-Commandit 108,75, Dortmunder —, Laurahütte 63,50, Köln-Mind. 100,50, Rheinische 109,25, Bergische 78,50, Rumänen 13,90, Türken 11,90, Italiener 71,60, 5pCt. Russen 82,25, Oesterr. Goldrente 60,90, Silberrente 55,50, Papierrente 51,00.

[Die Breslau-Wieruszow-Warschauer Eisenbahn.] Von geschätzter Seite erhalten wir folgende Zuschrift:

Aus den jüngsten Verhandlungen der Handelskammer vom 20. Jan. d. J. entnehmen wir, daß das Auswärtige Amt in einem Bescheide an den hiesigen Magistrat die Nachricht einiger Zeitungsblätter dementirt, nach welcher russischerseits die Concessionirung der Eisenbahnlinie Lodz-Wieruszow aufgegeben sei, dagegen die Concession zum Bau der Linie Lodz-Kalisch ertheilt worden wäre. — Im Interesse unseres schwerbedrückten Handels begrüßen wir diese Mittheilung nicht nur mit unverhohlener Freude, sondern knüpfen auch für die Zukunft Hoffnungen an die weitere Erklärung des Auswärtigen Amtes, daß nämlich von demselben diese Angelegenheit im Auge behalten und im geeigneten Zeitpunkte auf's Neue in Anregung gebracht werden würde. — Denn wenn wir hier nur an den Verlust Krakau's als Freihandelsstadt, an den durch Prohibitivzölle fast hermetisch gewordenen Grenzverschluß unseres östlichen Nachbarlandes, an die Differenzialtarife der internationalen Eisenbahnen, endlich an die in neuester Zeit durch das Goldagio um ca. 30 pCt. erhöhten russischen Einfuhrzölle erinnern, so wird man zugeben müssen, daß dem Handel Breslau's, einer Stadt von ¼ Million Einwohner, bereits die schwersten Wunden geschlagen sind und ihr bald vollständig die Puls-Adern unterbunden sein müßten. — Man wird es somit natürlich finden, daß Handel und Gewerbestand mit Sehnsucht den Augenblick herbeiwünschen, wo jene Worte zur Wahrheit werden und der Bau der längst projectirten Bahn Wieruszow-Lodz von Seiten des Auswärtigen Amtes auf's Neue in Anregung gebracht wird, einer Linie, die nach den übereinstimmenden Ansichten aller Fachmänner von den segensreichsten Folgen für unsere Stadt begleitet sein wird.

Obschon nun zwar der Reichsminister Herr Hofmann bei Eröffnung des Reichstages am 1. November v. J. es als Aufgabe der deutschen Handelspolitik bezeichnete, die Benachtheiligungen abzuwenden, welche dem Handelsstande durch die Zoll- und Steuereinrichtungen anderer Staaten bereitet wurden, obwohl der Herr Reichskanzler selbst und zwar in der 24. Plenar-Versammlung des Reichstages gelegentlich der Richterschen Interpellation wegen Erlaß des russischen Ukas „die Erhebung des Eingangszolles in Goldmünzen betreffend" erklärte: die Regierung sei mit ihm einig, daß die Handelspolitik der russischen Regierung sich auf Irrwegen befinde und so lange dieselbe nicht selbst zu dieser Ueberzeugung komme, werde ein fremder Minister und wenn es sich selbst um eine befreundete Regierung handele, nicht im Stande sein, dieser eine gleiche Ueberzeugung beizubringen, so meinen wir doch, daß man nicht oft genug unsere leitenden Staatsmänner auf ebenso benachtheiligende Verkehrsbeschränkungen aufmerksam machen kann und daß gerade die Presse hierzu berufen ist, dergleichen allgemeine Uebelstände in den Kreis ihrer Besprechungen zu ziehen, die diesseitige Staatsangehörige durch verkehrte Handelspolitik nachbarlicher Länder zu erleiden haben. — Wie bedeutend aber die Nachtheile nicht allein für Breslau, sondern auch für den größten Theil der Provinz dadurch werden, daß zur Zeit die Verbindung mit Warschau noch über Kattowitz resp. Sosnowice geht, wollen wir nachher motiviren. — Nach dem officiellen Kilometerzeiger beträgt die Entfernung von

Breslau bis Sosnowice	195.—	Kilom.	Breslau bis Oels .	31. 7	Kilom.
von Sosnowice bis Warschau . . .	310. 1	„	Oels bis Wilhelmsbrück	55. 5	„
			Wilhelmsbrück bis Lodz	120.—	„
			Lodz bis Warschau .	137.—	„
Summa	505. 1	Kilom.	Summa	344. 2	Kilom.

Es ist somit die Linie via Oels-Lodz nach Warschau gegen die jetzt bestehende über Sosnowice um 160. 9 Kilom. oder 21½ Meilen näher. — Legt man die für die Personenbeförderung bei uns allgemein giltigen Sätze von

1. Klasse	2. Klasse	3. Klasse	4. Klasse
60 Pfg.	40 Pfg.	30 Pfg.	20 Pfg.

für die Meile Bahnentfernung zu Grunde und rechnet die Strecke Breslau-Warschau über Sosnowice zu rund 68 Meilen, dagegen die über Oels-Lodz zu rund 46 Meilen, so erhält man zur Vergleichung der Fahrtaxe Breslau-Warschau folgendes Resultat:

	via Sosnowice	via Oels — Lodz	mithin weniger
1. Kl.	40 Mk. 80 Pf.	27 Mk. 40 Pf.	13 Mk. 40 Pf.
2. Kl.	27 „ 20 „	18 „ 40 „	8 „ 80 „
3. Kl.	20 „ 40 „	13 „ 80 „	6 „ 60 „
4. Kl.	13 „ 60 „	9 „ 20 „	4 „ 40 „

Nach sorgfältig eingezogenen Erkundigungen ist der Personen-Verkehr zwischen Breslau trotzdem ziemlich bedeutend. — Außer zahlreichen 4ter Kl.-Passagieren sind es besonders die beiden ersten Wagenklassen, die mit Geschäftsleuten und im Sommer mit Badereisenden stark gefüllt sind. — Wenn aber Fahrzeit und Personengeld um den dritten Theil sich vermindert, wer möchte da in Abrede stellen wollen, daß der Personenverkehr einer Bahn, welche das russische Reich mit dem Herzen Deutschlands in grader Linie verbindet, sich dann in kaum geahnter Weise vermehren wird? Dies ist aber nun erst die eine Seite des Verkehrs; die wichtigere andere ist der Güterverkehr. — Als bekannt dürfen wir voraussetzen, daß derselbe in der Richtung von Warschau nach Oberschlesien erheblich bedeutender ist, als in umgekehrter, was besonders diejenigen Artikel betrifft, welche für Breslau von Wichtigkeit sind. — Dieses Mißverhältniß wird, so lange Rußland nach dem Ausspruche unseres Reichskanzlers sich auf handelspolitischen Irrwegen befindet, selbst durch kürzere Schienenverbindung sich kaum anders gestalten. — Es würde indeß zu weit führen, wollten wir uns näher über den bedeutenden Getreide-Verkehr, insbesondere aber über die enormen Abladungen von Bau- und Nutzholz 2c. hier näher auslassen, die trotz des großen Umweges noch ihre Rechnung geben. Es dürfte vielmehr der Hinweis genügen, daß gerade bei solchen Massengütern eine Frachtersparniß von ¾ bis 1¼ Mark auf den Centner von der allergrößten Bedeutung ist und Güter uns wieder zuführen wird, die leider bereits über Thorn ihren Weg genommen haben, um nach dem Innern Deutschlands zu gelangen, und für die Breslau so lange Stapelplatz war, als jene Linie noch nicht bestand. Nachdem wir die Wichtigkeit der directen Verbindung mit Warschau genügend beleuchtet haben, bleibt uns nur noch der Nachweis übrig, daß der Zeitpunkt gekommen sein dürfte, um die Ausführung derselben mit Erfolg durchsetzen zu können. Als die Concessionäre im Jahre 1857 die Concession zum Bau der Warschau-Wiener Bahn unter äußerst günstigen Bedingungen erhielten, die den Unternehmern eine kolossale Rente sicherten, wußten dieselben von der russischen Staatsbehörde auch die Bedingung zu erlangen, daß während der ersten 20 Jahre der Concession, außer in den Fällen politischer,

strategischer oder commerzieller Gründe, die vom russischen Staate anerkannt und festgestellt werden müssen, Concurrenz-Linien nicht gebaut werden dürfen. — Diese Bestimmung erscheint unerhört, wenn man die „commerziellen Gründe" hierbei in Erwägung zieht und die kolossale Rente dagegen hält, welche die Bahn den Concessionären abgeworfen hat und noch abwirft. — Grund genug für dieselben resp. ihre Rechtsnachfolger, mit allen Mitteln den Ausbau der Linie Oels-Wieruszow-Lodz zu hintertreiben. — Diese 20 Jahre haben nun mit dem Jahre 1877 ihre Endschaft erreicht; zugleich aber auch erlangt der russische Staat mit diesem Zeitpunkt das Recht, gegen Zahlung einer jährlichen Rente bis zum Ende der auf 75 Jahre ertheilten Concession diese Letztere zurück zu kaufen und die Bahn zu erwerben.

Möge man an geeigneter Stelle diesen Zeitpunkt benutzen!

Hamburg, 6. Febr. [Der Aufsichtsrath der Anglo-Deutschen Bank] beschloß heute, keine Dividende pro 1876 zu vertheilen, da der Reingewinn von 598,807 M. durch Einbußen bei industriellen Unternehmugen, woran die Bank betheiligt, nahezu absorbirt ist. Dem Antrage an die bevorstehende ordentliche Generalversammlung, eine Reduction des Actienkapitals auf 9 Millionen vorzunehmen und eine Herabsetzung der Actien von 400 auf 300, sowie einen Zurückkauf von 2500 Actien zum Course von höchstens 50 pCt. zum Zweck der Amortisation eintreten zu lassen, wird der Aufsichtsrath zustimmen.

Telegraphische Course und Börsennachrichten.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Frankfurt a. M., 6. Febr., Nachmittags 2 Uhr 30 Minuten. [Schluß-course.] Londoner Wechsel 204, 42. Pariser Wechsel 81, 33. Wiener Wechsel 164, 50. Böhmische Westbahn 140 Elisabethbahn 110. Galizier 173¾. Franzosen*) 196¼. Lombarden*) 62½. Nordwestbahn 95¼. Silberrente 55⅞. Papierrente 51¼. Russische Bodencredit 82. Russen 1872 85⅝. Amerikaner 1885 102¼. 1860er Loose 98. 1864er Loose 255, 70. Creditactien*) 121. Oesterreichische Nationalbank 688, 00. Darmst. Bank 100⅜. Berliner Bankverein —. Frankfurter Wechslerbank —. Oesterr.-deutsche Bank —. Meininger Bank 70⅝. Hessische Ludwigsbahn 95½. Oberhessen —. Ungarische Staatsloose 141, 00. do. Schatzanweisungen alte 82⅞. do. Schatzanweisungen neue 80¾. do. Ostbahn-Obligationen II. 57⅜. Central-Pacific 98¾. Reichsbank 156½. Silbercoupons —. Goldrente —. Matt, aber ziemlich belebt. Course fast durchweg niedriger.

*) per medio resp. per ultimo.

Nach Schluß der Börse: Creditactien 120⅝, Franzosen 196⅛, 1860er Loose —, Silberrente —, Papierrente —, Galizier —, Lombarden —, Goldrente —, Nationalbank —.

Hamburg, 6. Febr., Nachmittags. [Schluß-Course.] Hamburger St.-Pr.-Act. 117½, Silberrente 56, Goldrente 61, Credit-Actien 120, 1860er Loose 98¾, Franz. 489, Lombarden 158, Ital. Rente 72, Vereinsbank 118¼, Laurahütte 62¾, Commerzb. 100¾, Norddeutsche 128¾, Anglodeutsche 37, Internationale Bank 85⅝, Amerikaner de 1885 97⅛, Köln-Minden. St.-A. 100½, Rhein-Eisenbahn do. 109¼, Berg.-Märk. do. 78½, Disconto 2⅞ pCt. Matt.

Silber in Barren pr. 500 Gr., fein Mk. 85, 50 Br., 84, 50 Gd.

Wechselnotirungen: London lang 20, 40 Br., 20, 34 Gd., London kurz 20, 46 Br., 20, 40 Gd., Amsterdam 168, 80 Br., 168, 20 Gd., Wien 163, 50 Br., 161, 50 Gd., Paris 80, 95 Br., 80, 55 Gd., Petersburger Wechsel 250, 00 Br., 246, 00 Gd.

Liverpool, 6. Febr., Vormittags. [Baumwolle.] (Anfangsbericht.) Muthmaßlicher Umsatz 6000 Ballen. Unverändert. Tagesimport 42,000 B., davon 33,000 B. amerikanische.

Liverpool, 6. Februar, Nachmittags. [Baumwolle.] (Schlußbericht.) Umsatz 6000 Ballen, davon für Speculation und Export 1000 Ballen. — Matt, Preise unregelmäßig. Ankünfte träge, stetig.

Manchester, 6. Febr., Nachmittags. 12r Water Armitage 8⅝, 12r Water Taylor 9¼, 20r Water Micholls 10¼, 30r Water Gidlow 11¼, 30r Water Clayton 11¾, 40r Mule Mayoll 11½, 40r Medio Wilkinson 13¼, 36r Warpcops Qualität Rowland 11⅞, 40r Double Weston 12¾, 60r Double Weston 16, Printers 16/16, 34/50 8½pfd. 111. Markt ruhig.

Petersburg, 6. Febr., Nachm. 5 Uhr. [Schluß-Course.] Wechsel London 3 Monate 29¾, do. Hamburg 3 Monate 253½, do. Amsterdam 3 Mt. —, do. Paris 3 Mt. 312¾, 1864er Prämien-Anleihe (gestplt.) 189½, 1866er Prämien-Anl. (gestplt.) 189½, ½-Imperials 6, 62. Große russische Eisenbahn 170. Russ. Bodencredit-Pfandbriefe 103. Privatdisc. 8¼ %.

Petersburg, 6. Febr., Nachm. 5 Uhr. [Productenmarkt.] Talg loco 49,50. Weizen loco 12,50. Roggen loco 7,40. Hafer loco 4,50. Hanf loco —. Leinsaat (9 Pud) loco 12,75. — Wetter: Gelinde.

Königsberg, 6. Febr., Nachm. 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen flau. Roggen unverändert, loco 121/122 pfd. 2000 Pfd. Zollgew. 155,00, pr. Februar 146,00, pr. Frühjahr 148,00, pr. Mai-Juni 148,00. Gerste still. Hafer flau, loco pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 132,00, pr. Frühjahr 134,00. Weiße Erbsen pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 136,00. Spiritus pr. 100 Liter 100 % loco 53,25, pr. März 54,50, pr. Frühjahr 55,75. — Thauwetter.

Danzig, 6. Febr., Nachm. 2 Uhr. [Getreidemarkt.] Weizen billiger. Umsatz 250 Tonnen. Bunter pr. 2000 Pfd. Zollgew. 206,00 bis 208,00, hellbunter 212,00—217,00, hochbunter und glasig 220,00, pr. Februar 216,00, pr. April-Mai 217,00. Roggen fest, 120pfd. loco pr. 2000 Pfd. Zollgewicht inländischer 162,00 bis 163,00, per Februar 163,00, per April-Mai 165,00. Kleine Gerste pr. 2000 Pfd. Zollgewicht 142,00, große Gerste pr. 2000 Pfd. Zollgew. 152,00. Weiße Kocherbsen pr. 2000 Pfd. Zollgewicht loco 135,00—136,00. Hafer pr. 2000 Pfd. Zollgewicht loco —. Spiritus pr. 100 Liter 100% loco 52,00.

Paris, 6. Febr., Nachm. Rohzucker steigend, Nr. 10/13 pr. Februar pr. 100 Kilogr. 75, 00, Nr. 7/9 pr. Februar pr. 100 Kilogr. 82, 00. Weißer Zucker steigend, Nr. 3 pr. 100 Kilogr. pr. Febr. 84, 75, pr. März 85, 00, pr. April 85, 25, pr. Mai-August 86, 25.

London, 6. Febr. Havannazucker stetig.

Hamburg, 6. Febr. [Börsenbericht von Ferdinand Seligmann.] Weizen, April-Mai 220 M. Br., 219 M. Gd., September-October —. — Roggen, April-Mai 159 M. Br., 158 M. Gd., September-October —. — Rüböl, Mai 74½ M. Br., 74 M. Gd., October —. — Petroleum, loco 18¾ M. Br., 18⅛ M. Gd. — Spiritus, lauf. Monat 44½ M. Br., 44¼ M. Gd., April-Mai 44 M. Br., 44 M. Gd., Mai-Juni 44 M. Br., 44 M. Gd., Juni-Juli 45 M. Br., 44½ M. Gd., Juli-August 45¼ M. Br., 45 M. Gd., August-September —.

Telegraphische Depeschen.

(Aus Wolff's Telegr.-Bureau.)

Paris, 6. Febr., Nachts. Die Abendblätter sehen in der jüngsten Krisis in Konstantinopel eine ungünstige Wendung der Dinge. Der „Moniteur" hebt hervor: Diese Thatsachen bewiesen Europa, es brauche sich hinsichtlich der Lösung der orientalischen Angelegenheit nicht zu beeilen, da, wenn die Dinge nur noch kurze Zeit so fortdauern, die orientalische Frage sich von selbst lösen würde. Es sei unmöglich, daß die Regierung, welche allmonatlich das Schauspiel einer solchen Anarchie und des Despotismus gebe, Chancen habe, noch lange Zeit die Rolle eines Wächters des öffentlichen Rechtes zu spielen, eine Rolle, welche nur von blinden Freunden ihr im Gegensatz zu allen Interessen der Menschlichkeit und Civilisation auch fernerhin beigelegt werden könne. Von der Türkei allein und vom Fortschritte des unheilbaren Uebels, an welchem sie leide, werde die Lösung kommen; das dürfte bald geschehen. Das „Journal des Debats" bedauert lebhaft den Sturz Mithads und meint, die ärgsten Feinde der Pforte hätten derselben keine größere Unklugheit anrathen können. Das Journal appellirt an die Weisheit der europäischen Cabinete und fordert dringend auf, von allen bedenklichen Beschlüssen abzustehen Angesichts der Ereignisse, welche allerdings beklagenswerth, aber an den besonderen Interessen der einzelnen Mächte ebenso wenig etwas ändern, wie an dem allgemeinem europäischen Gleichgewicht.

London, 6. Febr. Nach hier eingegangenen Privatdepeschen aus Durham wird dort der Ausbruch eines Strikes der Kohlengrubenarbeiter befürchtet, da dieselben die von den Grubenbesitzern beabsichtigte Lohnherabsetzung nicht acceptiren wollen.

(Aus L. Hirsch's Telegraphen Bureau.)

Petersburg, 6. Febr. Der Großvezier-Wechsel wird hier als eine entschieden kriegerische Provocation betrachtet und demgemäß behandelt werden. Man glaubt, die Pforte werde, gestützt auf falsche Berichte über die Unfertigkeit der russischen Armee, selbst die Operationen beginnen und als Kriegsfall die Beziehungen zwischen Rumänien und Rußland ausnutzen.

Berliner Börse vom 6. Februar 1877.

Fonds- und Geld-Course.

Consolidirte Anleihe. .	4½	104,10 bz
do. de 1876 .	4	95,75 bz
Staats-Anleihe	4	96 bz
Staats-Schuldscheine. .	3½	92,20 bz
Präm.-Anleihe v. 1855	3½	144,90 bzG
Berliner Stadt-Oblig.	4½	102,10 bzB
Pfandbriefe: Berliner	4½	101 50 bzB
Pommersche	3½	83,50 bz
do.	4	95,30 B
do.	4½	101,90 bz
do. Lndsch.Crd.	4½	— —
Posensche neue. . .	4	94,70 bz
Schlesische	3½	84,90 G
Landschaftl. Central	4	95 bz
Rentenbriefe: Kur- u. Neumärk.	4	95,30 G
Pommersche	4	95,25 bz
Posensche	4	94,90 bz
Preussische	4	95 bz
Westfäl. u. Rhein.	4	97,80 bz
Sächsische.	4	95 80 B
Schlesische	4	95,80 bz
Badische Präm.-Anl. .	4	122 10 G
Baierische 4% Anleihe	4	124,50 bzG
Cöln-Mind.Prämiensch.	3½	109 40 bz
Sächs. Rente von 1876	3	71,40 bzG

Kurh. 40 Thaler-Loose 250 25 G
Badische 35 Fl.-Loose 143.40 B
Braunschw. Präm.-Anleihe 84 bz
Oldenburger Loose 127.40 bz

Ducaten 9,66 etbz	Fremd. Bkn. — —
Sover. — —	einl.i.Leip. — —
Napoleons 16,25 bzG	Oest. Bkn. 164,50 bz
Imperials 16.75 bz	do.Silbergd. 190.50bz
Dollars 4.18 bz	Russ. Bkn. 254 bz

Hypotheken-Certificate.

Krupp'schePartial-Obl.	5	104,30 bz
Unkb. Pfd. d.Pr.Hyp.-B.	4½	99,25 bzG
do. do.	5	100,75 bzG
Deutsche Hyp.-B.-Pfb.	4½	95,75 bzG
do. do. do.	5	101 bzG
Kündbr. Cent.-Bod.-Cr.	4½	100,30 G
Unkünd. do. (1872)	5	101,75 bz
do. rückzb. à 110	5	106,25 bz
do. do. do.	4½	98,80 bz
Unk. H.d.Pr.Bd.-Crd.B.	5	— —
do. III. Em. do.	5	102,90 bzG
Kündb.Hyp.Schuld. do.	5	100 G
Hyp.-Anth.Nord.-G.C-B	5	101 bzG
do. do. Pfandbr..	5	101 bzG
Pomm. Hyp.-Briefe . .	5	105,50 G
do. do. II. Em.	5	102 bzG
Goth. Präm.-Pf. I Em.	5	108.50 G
do. do. II. Em.	5	107 bz
do. 5%Pf.rkzlbr.m.110	5	102,80 bz
do.4½ do. do. m.110	4½	96,75 bz
Meininger Präm.-Pfdb.	4	102,90 bz
Oest. Silberpfandbr. .	5½	34 G
do. Hyp.-Crd.-Pfdbr.	5	30,50 G
Pfdb.d.Oest.Bd.-Cr.-Ge.	5	— —
Schles. Bodencr.-Pfdbr.	5	100 G
do. do.	4½	94,20 B
Südd. Bod.-Cred.-Pfdb.	5	104 G
do. do. 4½%	4½	98 G
Wiener Silberpfandbr.	5½	31,25 bz

Ausländische Fonds.

Oest. Silber-R. (1./1.1./7.)	4⅕	55,80 bzG
do. 1./4.1./10.)		55,60 bzG
do. Goldrente	4	61,25 bz
do. Papierrente	4⅕	51,40 bz
do. 54er Präm.-Anl. .	4	93,20 G
do. Lott.-Anl. v. 60.	5	98,10 bzG
do. Credit-Loose . . .	—	296,80 bz
do. 64er Loose	—	256 etbzG
Russ. Präm.-Anl. v. 64	5	147,50 bz
do. do. 1866	5	148 bz
do. Bod.-Cred.-Pfdbr.	5	81,50 bz
do. Cent.-Bod.-Cr.-Pfdb.	5	80,25 bz
Russ.-Poln. Schatz-Obl.	4	79,25 bz
Poln. Pfndbr. III. Em.	4	72 etbzB
Poln. Liquid.-Pfandbr.	4	63,10 bz
Amerik. rückz. p. 1881	6	105,70 G
do. do. 1885	6	102,20 bz
do. 5% Anleihe . . .	5	103,50 G
Französische Rente . .	5	— —
Ital. neue 5% Anleihe	5	72,20 bz
Ital. Tabak-Oblig. . .	6	102,60 G
Raab-Grazer 100Thlr.L.	4	68,50 bz
Rumänische Anleihe. .	8	85 bz
Türkische Anleihe . . .	5	12,10 bz
Ung. 5%St.-Eisenb.-Anl	5	68,25 B

Schwedische 10 Thlr.-Loose — —
Finnische 10 Thlr.-Loose 38,25 bz
Türken-Loose 27,80 bz

Eisenbahn-Prioritäts-Actien.

Berg.-Märk. Serie II. .	4½	100,50 B
do. III. v. St.3½g.	3½	84,75 bzG
do. do. VI.	4½	98,25 G
do. Hess. Nordbahn.	5	103,25 G
Berlin-Görlitz	5	102,75 G
do.	4½	89 bzG
do. Lit C. . .	4½	84 bzG
Breslau-Freib. Lit. D.	4½	— —
do. do. E.	4½	— —
do. do. F.	4½	— —
do. do. G.	4½	— —
do. do. H.	4½	92 bzG
do. do. J.	4½	92 bzG
do. do. K.	4½	92 bzG
do. von 1876	5	99,40 bz
Cöln-Minden III. Lit. A.	4	— —
do. . . Lit. B.	4½	— —
do. . . . . IV.	4	92,90 bz
do. . . . . V.	4	90,60 G
Halle-Sorau-Guben . .	5	100,30 G
Hannover-Altenbeken .	4½	95 G
Märkisch-Posener . . .	5	— —
N.-M. Staatsb. I. Ser.	4	97 G
do do. II. Ser.	4	95,75 B
do. do. Obl. I. u. II.	4	—
do do. III. Ser.	4	96 B
Oberschles. A.	4	—
do. B.	3½	85,50 bz
do. C.	4	— —
do. D.	4	93,25 B
do. E.	3½	86 etbzG
do. F.	4½	101,50 G
do. G.	4½	— —
do H.	4½	101,75 B
do. . . von 1869.	5	103,50 bz
do. von 1873. .	4	— —
do. von 1874. .	4½	98,50 bz
do. Brieg-Neisse	4½	— —
do. Cosel-Oderb.	4	94 G
do. do.	5	103,40 bz
do. Stargard-Posen	4	— —
do. do. II. Em.	4½	— —
do. do. III. Em.	4½	— —
do. Ndrschl.Zwgb.	3½	— —
Ostpreuss. Südbahn . .	5	102,20 G
Rechte-Oder-Ufer-B. .	5	101,10 bz
Schlesw. Eisenbahn . .	4½	100 bzG
Chemnitz-Komotau. . .	5	97,25 bzG
Dux-Bodenbach.	5	61,10 bzG
do. II. Emission . .	5	42.20 bzG
Prag-Dux.	fr.	23,60 G
Gal. Carl-Ludw.-Bahn.	5	83,60 G
do. do. neue	5	82,30 G
Kaschau-Oderberg . . .	5	55,10 bzG
Ung. Nordostbahn . . .	5	51,40 bz
Ung. Ostbahn.	5	50,40 bz
Lemberg-Czernowitz .	5	63,50 G
do. do. II.	5	62,90 bz
do. do. III.	5	56,80 bzB
Mährische Grenzbahn	5	53 B
Mähr.-Schl. Centralb. .	fr.	15 G
do. II.	fr.	— —
Kronpr.-Rudolf-Bahn .	5	62,50 bzG
Oesterr.-Französische	3	317 bzG
do do. II.	3	300,50 G
do. südl. Staatsbahn	3	235,50 bz
do. neue	3	236,75 bzG
do. Obligationen	5	77.40 bz
Rumän. Eisenb.-Oblig.	6	49,75 bzB
Warschau-Wien II. . .	5	95,50 bzG
do. III. . .	5	90,75 bz
do. IV. . .	5	84,40 bz
do. V. . .	5	80 G

Wechsel-Course.

Amsterdam 100Fl.	8 T.	3	170,00 bz
do. do.	2 M.	3	169,80 bz
London 1 Lstr.	3 M.	2	20.395 bz
Paris 100 Frcs.	8 T.	3	81,35 bz
Petersburg 100SR.	3 M.	6	249 75 bz
Warschau 100SR.	8 T.	6	252.50 bz
Wien 100 Fl.	8 T.	4½	164 40 bz
do. do.	2 M.	4½	163 50 bz

Eisenbahn-Stamm-Actien.

Divid. pro	1875	1876	Zf.	
Aachen-Mastricht.	1	—	4	21,50 bzG
Berg.-Märkische . .	4	—	4	78,50 bz
Berlin-Anhalt . . .	8	—	4	104,25 bzG
Berlin-Dresden . .	2½	0	4	23,75 bz
Berlin-Görlitz . . .	0	0	4	22,00 bz
Berlin-Hamburg . .	10	—	4	168,25 bz
Berl. Nordbahn . .	—	—	fr.	— —
Berl.-Potsd-Magdb	3	—	4	78,60 bzG
Berlin-Stettin . . .	6 4/5	—	4	123 00 bzG
Böhm. Westbahn.	5	—	5	70 25 bz
Breslau-Freib. . . .	5⅝	—	4	71,00 bzG
Cöln-Minden	4 8/10	—	4	100 50 bz
do. Lit. B.	5	—	5	— —
Cuxhaven. Eisenb.	0	0	6	— —
Dux-Bodenbach.B.	0	0	4	7,75 bzB
Gal. Carl-Ludw.-B.	6	—	4	86,50-50 bz
Halle-Sorau-Gub.	0	0	4	13,50 bzB
Hannover-Altenb.	0	0	4	15,60 bz
Kaschau-Oderberg	4½	—	5	37,75 bzB
Kronpr. Rudolfb.	5	5	5	44,75 bzG
Ludwigsb.-Bexb. .	9	—	4	176.50 bz
Märk.-Posener . . .	0	0	4	18 90 bz
Magdeb.-Halberst.	6	—	4	106,75 bzG
Magdeb.-Leipzig . .	14	—	4	— —
do. Lit. B.	4	—	4	— —
Mainz-Ludwigsh. .	6	—	4	95.50 bz
Niederschl.-Märk. .	4	4	4	96 75 bz
Oberschl. A.C.D.E.	10⅝	—	3½	127.75 bz
do. B. . . .	10⅝	—	3½	119.25 bz
Oesterr.-Fr. St.-B.	6½	—	4	390-93,50-92
Oest. Nordwestb.	5	5	5	193,00 bzB
Oest.Südb.(Lomb.)	0	0	4	126-30-28
Ostpreuss. Südb. .	0	0	4	24 75 bz
Rechte-O.-U.-Bahn	6⅝	—	4	105 00 bzB
Reichenberg-Pard.	4⅗	—	4½	45,90 bzB
Rheinische	8	—	4	109 40 bz
do. Lit. B. (4%gar.)	4	4	4	91,75 bzB
Rhein-Nahe-Bahn	0	0	4	12.20 bz
Rumän. Eisenbahn	2½	—	4	13 90 bzB
Schweiz Westbahn	0	0	4	21,80 bzG
Stargard-Posener	4½	4½	4½	101 50 bzB
Thüringer Lit A.	8½	-	4	126,40 bzB
Warschau-Wien. .	7½	—	4	180,50 bzG

Eisenbahn-Stamm-Prioritäts-Actien.

Berlin-Görlitzer . .	5	—	5	53,75 B
Berliner Nordbahn	—	—	fr.	— —
Breslau-Warschau	0	—	5	— —
Halle-Sorau-Gub. .	0	0	5	31,10 bz
Hannover-Altenb.	0	0	5	35,60 bz
Kohlfurt-Falkenb.	0	—	5	32,50 bzB
Märkisch-Posener	3½	—	5	70,00 bzG
Magdeb.-Halberst.	3½	3½	3½	76,60 bzG
do. Lit. C.	5	5	5	96,10 bzG
Ostpr. Südbahn . .	5	—	5	74 60 bz
Pomm. Centralb. .	—	—	fr.	— —
Rechte-O.-U.-Bahn	6½	—	5	109,20 bz
Rumänier.	8	—	8	57,00 bz
Saal-Bahn	1⅕	—	5	26,10 bzG
Weimar-Gera. . . .	2½	—	5	21,00 bzB

Bank-Papiere.

Allg.Deut.Hand.-G.	0	—	4	24,50 G
Anglo DeutscheBk.	3	—	4	36,00 B
Berl. Kassen-Ver.	17,7	—	4	150 00 G
Berl. Handels-Ges.	5	—	4	64,00 bzG
do.Prod.-u.Hdls.-B.	9½	—	4	79 50 bzG
Braunschw. Bank.	6⅔	—	4	98,00 G
Bresl. Disc.-Bank	2	—	4	69,75 bz
Bresl. Makl.Ver.-B.	4	—	4	— —
Bresl. Wechslerb.	4	—	4	74,00 bz
Coburg. Cred.-Bnk.	2½	—	4	68,75 bzG
Danziger Priv.-Bk.	7	—	4	115,00 G
Darmst. Creditbk.	6	—	4	100,40 bzG
Darmst. Zettelbk.	5½	—	4	96,50 G
Deutsche Bank . .	3	—	4	85,75 bzG
do. Reichsbank	—	—	4½	157,00 bz
do. Hyp.-B. Berlin	7½	—	4	91,50 bzG
Disc.-Comm.-Anth.	7	—	4	108,75 bz
do. ult.	7	—	4	108-8,75 bz
Genossensch.-Bnk.	6½	—	4	92,00 G
do. junge	5½	—	4	97,00 G
Gwb. Schuster u. C.	0	—	4	5,10 bzG
Goth. Grundcredb.	8	—	4	102,00 B
Hamb. Vereins-B.	24/9	10	4	117,50 G
Hannov. Bank . . .	67/15	—	4	102 50 etbzG
Königsb.Ver.-Bank	5¼	—	4	80,40 G
Lndw.-B. Kwilecki	6	—	4	— —
Leipz. Cred.-Anst.	7	—	4	111,60 bzG
Luxemburg. Bank	6½	—	4	92.00 G
Magdeburger do.	5½	—	4	106,60 G
Meininger do.	3	—	4	79,50 bzG
Moldauer Lds.-Bk.	0	—	4	15,75 G
Nordd. Bank	6⅔	8	4	128 bz
Nordd. Grundcr.-B.	9	—	4	94,75 bzG
Oberlausitzer Bk.	2	—	4	49,60 G
Oest. Cred.-Actien	5	—	4	239-42-41
Posner Prov.-Bank	2½	—	4	99,30 bz
Pr. Bod.-Cr.-Act.-B.	8	—	4	97,75 bz
Pr. Cent.-Bod.-Crd.	9½	—	4	116,00 bz
Sächs. Bank	10	—	4	115 B
Sächs. Cred.-Bank	5½	—	4	96 00 bzB
Schl. Bank-Verein	5	—	4	86.75 bz
Schl. Vereinsbank	5	—	4	90,40 B
Thüringer Bank. .	5	—	4	70,25 bzG
Weimar. Bank. . .	0	—	4	41,50 G
Wiener Unionsb. .	28/7	—	4	85 B

In Liquidation.

Berliner Bank . . .	—	—	fr.	88,50 G
Berl. Bankverein	0	—	fr.	49,00 bzG
Berl. Lombard-B.	—	—	fr.	— —
Berl. Prod-Makl.-B.	—	—	fr.	57,50 B
Berl. Wechsler-B.	—	—	fr.	— —
Centralb. f. Genos.	—	—	fr.	95,50 G
Deutsche Unionsb.	0	—	fr.	89,00 bz
Hannov. Disc.-Bk.	8 1/6	—	fr.	97,75 G
Hessische Bank . .	—	—	fr.	56,50 G
Ostdeutsche Bank	--	—	fr.	— —
Pr. Credit-Anstalt	—	—	fr.	— —
Ver.-Bk. Quistorp	—	—	fr.	1,50 G

Industrie-Papiere.

Berl.Eisenb.-Bd-A.	0	—	fr.	712,60 G
D. Eisenbahnb.-G.	0	—	4	9 50 bzG
do. Reichs-u.Co.-E.	0	—	4	67,00 G
Märk.Sch.Masch.G.	0	—	4	13,50 bzG
Nordd. Gummifab.	5	—	4	52,50 G
do. Papierfabr.	0	—	4	— —
Westend, Com.-G.	0	—	fr.	2,75 G
Pr. Hyp.-Vers.-Act.	18	—	4	105 etbzB
Schles. Feuervers.	20	—	4	720 G
Donnersmarkhütte	3	—	4	18,50 bzG
Dortm. Union . . .	0	—	4	6,00 bz
Königs- u. Laurah.	2	—	4	63,50 G
Lauchhammer . . .	0	—	4	23,75 G
Marienhütte	8	—	4	68 00 B
OSchl. Eisenwerke	1⅔	—	4	6 B
Redenhütte	0	—	4	4,00 B
Schl. Kohlenwerke	0	—	4	7,00 bzG
Schl.Zinkh.-Actien	6	—	4	77,80 bz
do. St.-Pr.-Act.	6	—	4½	85.90 bzB
Tarnowitz. Bergb.	0		4	39,00 bz
Vorwärtshütte . . .	·	—	4	12 G
Baltischer Lloyd .	0	—	4	41,75 G
Bresl. Bierbrauer.	0	—	4	— —
Bresl. E.-Wagenb.	6⅔	—	4	45,75 G
do. ver. Oelfabr.	1	—	4	44,00 G
Erdm. Spinnerei .	1	—	4	17,50 G
Görlitz. Eisenb.-B.	4	—	4	40,00 bzG
Hoffm's Wag.Fabr.	0	—	4	15,50 B
O. Schl. Eisenb.-B.	0	—	4	26,25 G
Schl. Leinenind. .	8	5⅓	4	68,50 bzG
do. Porzellan	0	—	4	15,00 bzG
WilhelmshütteMA.	4⅔	—	4	70,00 B

Bank-Discont 4 pCt.
Lombard-Zinsfuss 5 pCt.

Berlin, 6. Februar. [Producten-Bericht.] Das Wetter ist schön, beinahr frühlingsartig. Die auswärtigen Berichte lauten keineswegs anregend, und doch zeigte der heutige Markt feste Stimmung für Getreide. Unzweifelhaft ist das Motiv hierfür die äußerst überraschenden politischen Nachrichten aus Konstantinopel. Verkäufer für Roggen machten sich recht knapp und man konnte etwas bessere Preise für alle Termine erzielen. Loco ist nur für gute Waare der Absatz leicht und da manche Partie feucht hier ankommt, kauft man mehr vom Lager. — Roggenmehl fester. — Weizen ließ feste Haltung nicht verkennen, doch es blieb der Handel eng begrenzt. — Hafer loco gut preishaltend. — Termine etwas höher. — Rüböl wurde neuerdings merklich billiger verkauft, schloß aber nach ziemlich regem Umsatz etwas fester. — Petroleum sehr vernachlässigt, Preise etwas niedriger. — Spiritus wenig verändert, anfangs war die Stimmung matt, schließlich recht fest.

Weizen loco 195—235 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, feiner weißer polnischer — Mark ab Bahn bez., per April-Mai 221 bis 222 M. bez., per Mai-Juni 222½—223½ Mk. bez., per Juni-Juli 224 bis 224½ M. bez. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — M. — Roggen loco 158—183 Mark pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, russischer 160 bis 163 Mark ab Boden bez., neuer russischer 158—167 Mk. bezahlt, neuer poln. — Mark bezahlt, inländischer 176—183 Mark bezahlt, kleiner russ. — Mark ab Bahn bez., per Febr. 161—161½ Mk. bez., per Febr.-März — Mark bez., per Frühjahr 163—164 Mark bez., per Mai-Juni 161½—162 Mark bezahlt, per Juni-Juli 160½—161 Mark bezahlt. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Hafer loco 125 bis 165 M. pro 1000 Kilo nach Qualität gefordert, ost- und westpr. 135—156 Mark bez., russischer 125—150 M. bez., pommerscher 160—162 M. bez., schles. 153—162 Mark bez., galizischer — Mark bez., böhmischer 155—163 Mark bez., ungarischer 137—140 Mark bez., defecter russischer — Mark ab Bahn bez., per Frühjahr 153½—154 Mk. bez., per Mai-Juni 155 Mk. bezahlt, per Juni-Juli — Mark bezahlt. Gekündigt — Ctr. Kündigungspreis — Mark. — Roggenmehl per 100 Kilo Br. Nr. 0 und 1: incl. Sack per Februar 23,40—45 Mark bez., per Februar-März 23,15—20 Mark bez., per März-April 23,15 Mark bez., per April-Mai 23,10 Mark bezahlt, per Mai-Juni 23,10 Mark bezahlt, per Juni-Juli — Mark bezahlt. Gekündigt — Centner. Kündigungspreis — Mark. — Rüböl pro 100 Kilo loco ohne Faß 73 M. bez., mit Faß — M. bez., per Februar 73 Mk. bez., per Februar-März — M. bez., per April-Mai 73,5—73 Mk. bez., per Mai-Juni 72,5—3 Mk. bez., per Sept.-October 68,5 Mk. bez., per Oct.-November — Mk. bezahlt. Gekündigt 100 Ctr. Kündigungspreis 73 Mark. — Leinöl loco — Mark bez. — Petroleum loco per 100 Kilo incl. Faß 43 Mark bez., per Februar 37,4—37—37,1 Mark bezahlt, per Februar-März 34 Mk. bez., per März-April — Mark bez., per April-Mai — Mark bezahlt. Gek. — Bar. Kündigungspreis — Mark.

Spiritus loco „ohne Faß" 53,1—5 Mark bez., per Februar 53,6 bis 8 Mk. bez., per Februar-März — Mk. bez., per April-Mai 54,8—55,2 Mk. bezahlt, per Mai-Juni 55,1—5 Mark bezahlt, per Juni-Juli 56,2 bis 5 Mark bezahlt, per Juli-August 57,3—5 Mark bezahlt, per August-September 57,8—58 Mark bez. Gekündigt — Liter. Kündigungspreis — Mark.

Breslau, 7. Febr., 9½ Uhr Vorm. Die Stimmung am heutigen Markte war für Getreide etwas fester, bei mäßigen Zufuhren und unveränderten Preisen.

Weizen in fester Stimmung, per 100 Kilogr. schlesischer weißer 17,10 bis 19,30—21,50 Mark, gelber 17,10—19,10—20,90 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Roggen, feine Qualitäten gut verkäuflich, per 100 Kilogr. neuer 15 bis 16 bis 17—17,80 Mark, feinste Sorte über Notiz bezahlt.

Gerste, nur feine Qualitäten preishaltend, per 100 Kilogr. neue 13,60 bis 14,80 Mark, weiße 15,20—15,80 Mark.

Hafer in matter Haltung, per 100 Kilogr. neuer 12,80—14,20 bis 15,20 Mark.

Mais angeboten, per 100 Kilogr. 11,20—12,20—13,50 Mark.

Erbsen ohne Aenderung, per 100 Kilogr. 12—13,70 bis 15,80 Mark.

Bohnen mehr beachtet, per 100 Kilogr. 15,70—17,00—18,00 Mark.

Lupinen stärker angeboten, per 100 Kilogr. gelbe 9,50—10,50—11,20 Mark, blaue 9,30—10,40—11,00 Mark.

Wicken schwache Kauflust, per 100 Kilogr. 11,50—12,50—13,50 Mark.

Oelsaaten in ruhiger Haltung.

Schlaglein mehr beachtet.

Pro 100 Kilogramm netto in Mark und Pf.

Schlag-Leinsaat	26	50	25	—	22	50
Winterraps	32	50	30	—	29	—
Winterrübsen	31	50	28	50	27	50
Sommerrübsen	30	—	28	—	27	—
Leindotter	26	50	25	50	23	—

Rapskuchen unverändert, per 50 Kilogr. 7,10 bis 7,40 Mark.

Leinkuchen preishaltend, per 50 Kilogr. 8,60—9 Mark.

Kleesamen stärker angeboten, rother matt, per 50 Kilogr. 53—60—68 bis 72—77 Mark, — weißer schwach gefragt, per 50 Kilogr. 56—66—69—76 bis 80 Mark, hochfeiner über Notiz.

Thymothee fester, per 50 Kilogr. 23—27—30 Mark.

Mehl ohne Aenderung, per 100 Kilogr. Weizen fein 29—30 Mark, Roggen fein 26,75—27,75 Mark, Hausbacken 25,75—26,75 Mark, Roggen-Futtermehl 10,00—11,00 Mark, Weizenkleie 8—9 Mark.

Glogau, 6. Febr. [Getreidemarkt.] Die Zufuhren zum heutigen Getreidemarkt waren etwas bedeutender als bisher, das Geschäft war lustlos, die Preise etwas weichend. Die amtlich festgestellten Preise sind für 100 Pfund Weizen 10,20 bis 10,50 Mk., Roggen 9 bis 9,50 Mk., Gerste 7,20 bis 7,50 Mark, Hafer 7,50 bis 7,90 Mk., Stroh 2,75 Mk., Heu 2,60 bis 3,50 Mk. Auf der Getreidebörse war das Angebot reichlich, besonders in Weizen und Roggen mittler Qualität; bei etwas nachgebenden Preisen trat die Kauflust reger hervor und wurden dann größere Partien aus dem Markt genommen. Für feine Qualitäten wurden in einzelnen Fällen allenfalls letztwöchentliche Preise bewilligt, sonst im Allgemeinen 20 bis 30 Pf. billiger. Man zahlte für 200 Pfd. Weißweizen 21,50 bis 22,20 Mk., Gelbweizen 20,40 bis 21,40 Mark, Roggen 17,20 bis 18 Mk., Gerste 15 bis 15,60 Mk., Hafer 14 bis 15,60 Mark.

Witterungsbericht vom 6. Februar.

7—8 Uhr Morgens.

	Temperat. °Celsius.	Wind.	Wetter.
Memel	0	SW hart.	Nebel.
Hamburg	+ 3	W mäßig.	Nebel.
Crefeld	+ 6	W mäßig.	Nebel.
Hannover	+ 6	NW mäßig.	ganz bedeckt.
Leipzig	+ 3	W leicht.	ganz bedeckt.
Berlin	+ 5	W schwach.	dreiviertel bedeckt.
Breslau	+ 1	W mäßig.	Schnee.
Bamberg	+ 2	W schwach.	Regen.
Carlsruhe	+ 3	SW stark.	ganz bedeckt.
Friedrichshafen . .	— 1	O mäßig.	ganz bedeckt.

Luftdruck allgemein abgenommen, besonders in Nordosten steigt seit Nachts wieder Nordwesten, Maximum im Süden Deutschlands. Temperatur größtentheils zugenommen, und an der Südgrenze Frost, Das Wetter trübe, auch regnerisch, Westdeutschland heiter, auch nebelig.

Meteorologische Beobachtungen auf der königl. Universitäts-Sternwarte zu Breslau.

Februar 6. 7.	Nachm. 2 U.	Abds. 10 U.	Morg. 6 U.
Luftwärme	+ 2°,7	+ 1°,0	+1°,9
Luftdruck bei 0°	333''',11	333''',81	331''',52
Dunstdruck	2''',18	1''',98	2''',16
Dunstsättigung	86 pCt.	90 pCt.	91 pCt.
Wind	W. 2	W. 2	SW. 1
Wetter	heiter.	trübe.	bedeckt, Regen.

Breslau, 7. Febr. [Wasserstand.] O.-P. 4 M. 90 Cm. U.-P. — M. 30 Cm.

Verantwortlicher Redacteur: Dr. Stein.
Druck von Graß, Barth u. Comp. (W. Friedrich) in Breslau.